

**4. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Mittwoch, 27. Mai 2020,
Stadttheater Olten, Konzertsaal
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 21.55 Uhr**

Anwesend sind: 39 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Urs Knapp, 4. David Plüss, 5. Madeleine Portmann,
6. Daniel Probst, 7. Simone Sager, 8. Deny Sonderegger, 9. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Eugen Kiener, 4. Huguette Meyer Derungs,
5. Dr. Rudolf Moor, 6. Luc Nünlist, 7. Dr. Arnold Uebelhart, 8. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Thomas Kellerhals, 4. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Michael Neuenschwander, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Philippe Ruf, 3. Ursula Rüegg, 4. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!:

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

parteilos:

1. Ernst Eggmann

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Direktion Bau
Marion Rauber, Direktion Soziales
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Franco Giori, Leiter Ordnung und Sicherheit
Thomas Küng, Leiter Direktion Bildung und Sport (bis 20.15 Uhr)
Kurt Schneider, Verwaltungsleiter Direktion Bau (bis 20.15 Uhr)
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:

Gökhan Karabas

Vorsitz: Daniel Probst

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
 2. Gemeindeparlament/Demission
 - * 3. Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitglieds
 4. Wahlbüro, Mitglied/Demissionen und Ersatzwahlen
 5. Altstadtkommission/Demission und Ersatzwahl
 6. Rechnungsprüfungskommission, Ersatzwahl/Validierung
 7. Dringliche Motion Urs Knapp (FDP) betr. Kopf-hoch-Franken Olten/Frage der Dringlichkeit
 8. Dringliche Motion Luc Nünlist (SP) betr. Öffnung Schützenmatte/Frage der Dringlichkeit
 9. Geschäftsordnung des Stadtrates von Olten (SRO 122), Zuständigkeitsenerweiterung für Beglaubigungen/Teilrevision
 10. Steuerreglement SRO 721, Teilrevision 2020/Genehmigung
 11. Neubau Schulanlage Kleinholz/Genehmigung Verpflichtungskredit für Projektierung
 12. Pilotprojekt SIP/Nachtragskredit
- * auf nächste Sitzung verschoben

* * *

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich begrüsse alle Anwesenden zur heutigen Sitzung, die wegen der Corona-Krise im Stadttheater stattfindet. Das Büro hat dies nach Rückfrage beim Kantonsarzt so entschieden. Die Sitzung ist aber trotzdem öffentlich. Die entsprechenden Unterlagen wurden im Voraus veröffentlicht und das Protokoll wird man

nachher natürlich auch einsehen können. Wir beschliessen also nichts im Geheimen. Die Öffentlichkeit ist gewährt. Wichtig ist natürlich auch, und das geht an die Adresse der Medienvertreter. Ich sehe gerade, dass sie sehr bequem dort oben sitzen. Weil wir eben keine Gäste und auch kein Livestreaming haben, kommt Euch als vierte Macht heute und auch morgen eine spezielle Rolle zu. Ich bitte Euch, über diese Parlamentssitzung noch ausführlicher als sonst zu berichten, damit möglichst alle lesen können, was wir heute besprochen und entschieden haben.

Ihr habt eine Liste, in die Ihr Euch eintragen müsst, damit wir auch wissen, wer von Medienvertretern anwesend war. Wenn Ihr dies noch nicht gemacht habt, bitte ich Euch, dies noch zu tun.

Ich möchte mich bei allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern bedanken, die am 2. April mitgeholfen haben, das Corona-Insertat im Stadtanzeiger zu veröffentlichen. Viele von Euch haben diese Idee nicht nur ideell, sondern auch finanziell mitgetragen. Dafür vielen, vielen herzlichen Dank. Ich hatte auf das Insertat sehr viele positive Reaktionen, und ich glaube, wir konnten hier mit dem Parlament ein schönes Zeichen setzen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einen weiteren grossen Dank aussprechen. Was wir heute Abend hier antreffen, einiges an Vorbereitung und Arbeit gebraucht, damit wir diese Parlamentssitzung unter Wahrung von Distanz und Gesundheitsvorgaben umsetzen können. Das ist einerseits der Verdienst der Stadtkanzlei mit Markus Dietler, Andrea von Känel, Mirjam Ledergerber und Tim Freyvogel, dann des Teams des Stadttheaters Olten mit Edith Scott, Erich Vezzano und Daniel Zihlmann, dann natürlich von der Wälchli Fest AG, Frau Brunner mit ihrem Team, die uns nachher verköstigen werden. Vielen, vielen Dank für die Vorbereitung. Ich glaube, das ist ein Applaus wert.

Es folgt Applaus.

Ich habe für Euch noch ein paar Brändli-Bomben, die Ihr zusätzlich als Dessert werdet geniessen können.

Weiter habe ich zwei Gratulationen. Ich verlese jeweils nicht jeden Geburtstag. Aber wenn es runde Geburtstage sind, finde ich dies etwas Spezielles. Das hat man meistens nicht so oft im Leben. Seit der letzten Sitzung im Januar hatten wir zwei runde Geburtstage. Jemand wurde 30, Luc Nünlist am 24. Februar. Wir haben jemanden, der 40 wurde. Das ist Beat Felber, an einem speziellen Datum, am 29. Februar. Man könnte sagen, eigentlich ist er erst 10. Aber er wurde 40. Weil dies speziell ist, habe ich für die beiden etwas Spezielles besorgt. Ich zeige es kurz. Das ist ein Oltner Biermeter. Es sind Biere aus Olten drin, die meisten natürlich von Luc. Es sind verschiedene, ausser eines kommt zweimal vor. Dann hat es noch ein paar, die ursprünglich aus Trimbach sind und jetzt aus Zofingen, von der Degen Brauerei. Es hat einige aus Winznau. Es sind die 16 Biere. Ihr seid wahrscheinlich mit dem Velo hier. Dann wünsche ich viel Glück beim Heimtransportieren. Ich helfe Euch und bringe es Euch nach Hause. Prost und alles Gute zum Geburtstag.

Es folgt Applaus.

Es gibt noch etwas zum Feiern. Zum zweiten Mal Eltern wurden Christian und Nadja Werner. Das war am 10. März mit der Geburt ihres zweiten Sohnes Emanuel. Auch hier gratuliere ich herzlich. Ich habe natürlich auch etwas. Einerseits einen kleinen Body und ein Apothekertäschchen in den Stadtfarben von Olten mit dem Oltner Wappen. Auch herzliche Gratulation und alles Gute.

Es folgt Applaus.

Ich habe ein Schreiben erhalten, dass ich gerne vorlesen möchte.

«Rücktritt als Gemeinderat per 31. Mai 2020

Sehr geehrter Herr Parlamentspräsident

Als ich gegen Ende der Legislatur 2001-2005 als 19-Jähriger in den Oltner Gemeinderat nachrutschte, hiessen die Exekutivmitglieder – es waren damals noch deren sieben- u.a. Gabriele Plüss und René Rudolf von Rohr. Und meine Sitznachbarin war damals – man glaubt es kaum – Gemeinderätin Iris Schelbert. Zeiten ändern sich.

Heute kann ich auf fast 16 aktive Parlamentsjahre zurückblicken und mit Fug und Recht behaupten, dass ich beinahe mein halbes Leben lang Oltner Gemeinderat war. Doch jetzt ist Schluss, auch wenn mir diese Zeilen nicht leichtfallen. Ich gehe mit einem lachenden und einem weinenden Auge, freue mich aber, künftig an ein paar zusätzlichen Abenden pro Jahr meine beiden Buben ins Bett bringen zu können, statt mich mit unzähligen – und leider nicht selten auch unnötigen – parlamentarischen Vorstössen abmühen zu müssen.

Dass ich nun während meiner letzten Sitzung zwischen einem Grünen und einem – wie er sich selbst bezeichnet – linken Populisten sitze, entbehrt zwar nicht einer gewissen Situationskomik, passt aber eigentlich ganz gut, zumal der Kreis sich damit schliesst. Wie bereits angetönt, sass ich in meinen ersten Sitzungen vor bald 16 Jahren als blutjunger Gemeinderat nämlich neben den Grünen – dort, wo heute die Vertreterinnen und Vertreter von «Olten jetzt!» sitzen.

Es war mir eine Ehre, der Oltner Bevölkerung dienen zu dürfen. Meinen Wählerinnen und Wählern danke ich für die Unterstützung und das Vertrauen. Meiner Fraktion danke ich für das Engagement und die Loyalität. Und allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern danke ich für die herausfordernden Diskussionen und den Einsatz zugunsten der Allgemeinheit. Es war nie meine Absicht, jemanden persönlich zu verletzen. Sollte dies trotzdem passiert sein, bitte ich aufrichtig um Entschuldigung. «Werner out».

Mit besten Grüssen

Christian Werner»

Christian, Du hast mir dies geschickt. Auch wenn ich Deinen Rücktritt als Jungvater natürlich nachvollziehen kann, bedauere ich dies sehr. Mit Dir verliert das Parlament, ich habe es Dir gesagt, eine grosse Persönlichkeit und einen hervorragenden Volksvertreter. Ich danke Dir herzlich für Dein langjähriges Engagement als Gemeinderat, als Fraktionspräsident, und wünsche Dir, dass Du den Grossteil Deiner gewonnenen Zeit jetzt wirklich mit Deiner Familie teilen kannst und wünsche Dir, Nadja und Euren zwei Buben alles Gute. Vielen Dank für das, was Du geleistet hast.

Es folgt Applaus.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Daniel Probst:

Protokollgenehmigung

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 22./23. Mai 2019, vom 27. Juni 2019 und vom 26. September 2019 sind vom Büro am 9. März 2020 definitiv genehmigt worden. Verschickt wurden, und da könnt Ihr noch Feedback geben, die Protokolle vom 20./21. November 2019 und 23. Januar 2020. Weil wir ja im März keine Sitzung hatten, haben wir somit alle Protokolle wieder auf dem aktuellen Stand. Wir konnten also aufholen. An dieser Stelle vielen Dank an die Stadtkanzlei. Jetzt sind wir wieder à jour.

* * *

Sitzungsterminplan

Mit der Einladung habt Ihr den Sitzungsterminplan für das nächste Jahr für das Gemeindeparlament, Parlamentsbüro, FIKO und GPK erhalten. Dieser ist vom Büro auch genehmigt worden.

* *

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 23. Januar 2020 folgendem Geschäft zugestimmt:

- Provisorischer Schulraum Kleinholz; Mieterausbau Zementweg/Genehmigung (*Beschluss Ziffer I./1.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 31. Januar 2020 und die Referendumsfrist ist am 29. Februar 2020 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die bestehende Vorlage in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

* *

Kleine Anfrage Dr. Rudolf Moor (SP) betr. Motorfahrzeuge auf dem Fuss- und Veloweg von der Schützenmatte zum Pontonierhaus

Die Kleine Anfrage wurde ebenfalls zugestellt.

* *

Vorstösse/Eingang

- Kleine Anfrage Michael Neuenschwander (GO) betr. Umsetzung Motion Mehrweggeschirr bei Anlässen
- Dringliche Motion Urs Knapp (FdP) betr. Kopf-Hoch-Franken für Olten
- Dringliche Motion Luc Nünlist (SP) betr. Öffnung Schützenmatte
- Interpellation Fraktion SP/Junge SP betr. Sommer 2020 in Olten
- Überparteiliches Postulat betr. Submissionsverfahren zum Aufbau und Betrieb eines Glasfasernetzes in der Stadt Olten
- Postulat Felix Wettstein (GO) betr. ein städtisches Laubmanagement für mehr Biodiversität und Gesundheit
- Postulat Philippe Ruf (SVP) betr. Umgang mit Randständigen auf der Kirchgasse respektive Sockel der Stadtkirche

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2020

Prot.-Nr. 37

Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit E-Mail vom 29. Januar 2020 demissioniert Andrea Leonhardt Mohr (SP) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per sofort.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Andrea Leonhardt Mohr (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Andrea Leonhardt Mohr (SP) genehmigt.

Mitteilung an
Frau Andrea Leonhardt, Reiserstrasse 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten (2)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2020

Prot.-Nr. 38

Wahlbüro/Demissionen und Ersatzwahlen

Für das Wahlbüro sind zwei Demissionen und Ersatzwahlen zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Jörg Känzig (SVP) demissioniert mit Mail vom 07. Januar 2020 per sofort als Mitglied des Wahlbüros.

Als Ersatz für Jörg Känzig schlägt die FDP Herrn Pascal Kassold, Sälistrasse 119, als neues Mitglied des Wahlbüros zur Wahl vor. Die SVP verzichtet auf einen Ersatzvorschlag.

Rahel Schöni (OJ) demissioniert mit Mail vom 12. Januar 2020 per sofort als Mitglied des Wahlbüros.

Als Ersatz für Rahel Schöni schlägt Olten Jetzt Frau Antonia Gönner, Bleichmattstrasse 40, als neues Mitglied des Wahlbüros zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Jörg Känzig (SVP) und Rahel Schöni (OJ) und die Ersatzwahlen von Pascal Kassold (FDP) für Jörg Känzig und Antonia Gönner (OJ) für Rahel Schöni zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demissionen von Jörg Känzig (SVP) und Rahel Schöni (OJ) und die Ersatzwahlen von Pascal Kassold (FDP) für Jörg Känzig und Antonia Gönner (OJ) für Rahel Schöni genehmigt.

Mitteilung an

Herrn Jörg Känzig, Wiesenstrasse 5, 4600 Olten

Frau Rahel Schöni, Ritterweg 1, 4600 Olten

Herrn Pascal Kassold, Sälistrasse 119, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Frau Antonia Gönner, Bleichmattstrasse 40, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Kommissionsverzeichnis

Direktion Finanzen und Informatik

Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2020

Prot.-Nr. 39

Altstadtkommission/Demission und Ersatzwahl

Für das Wahlbüro ist eine Demission und Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Marta Dobay-Fricsay (SVP) demissioniert mit Mail vom 10. Februar 2020 per sofort als Mitglied der Altstadtkommission.

Als Ersatz für Marta Dobay-Fricsay schlägt die SVP Herrn Robin Kiefer, Birkenweg 15, als neues Mitglied der Altstadtkommission zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Marta Dobay-Fricsay (SVP) und die Ersatzwahl von Robin Kiefer (SVP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Marta Dobay-Fricsay (SVP) und die Ersatzwahl von Robin Kiefer (SVP) genehmigt.

Mitteilung an
Frau Marta Dobay-Fricsay, Ziegelfeldstrasse 73, 4600 Olten
Herrn Robin Kiefer, Birkenweg 15, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Direktion Finanzen und Informatik
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2020

Prot.-Nr. 40

Rechnungsprüfungskommission, Ersatzwahl/Validierung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. Februar 2020 gibt Urs Aerni, seine Demission als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission per 30. April 2020 bekannt.

Gemäss § 54, lit b) des Kantonalen Gemeindegesetzes sind die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission an der Urne zu wählen. Bei den Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2017 wurden die Mitglieder der RPK in stiller Wahl gewählt. Es standen also nicht mehr Kandidat/innen zur Wahl, als Sitze zu vergeben waren. Somit steht auch kein Kandidat/keine Kandidatin zum Nachrücken zur Verfügung.

Das Gesetz über die politischen Rechte GpR besagt in § 127 in diesem Zusammenhang

«¹ Kann ein Sitz nicht durch Nachrücken besetzt werden, hat die Eingabestelle (Stadtkanzlei) die Listenvertretung aufzufordern, innert angemessener Frist einen Wahlvorschlag einzureichen» und «³ Der oder die Vorgeschlagene gilt als in stiller Wahl gewählt.»

Die Grünen Olten haben per 1. Mai 2020 Fabian Bürgi, Wirtschaftsprüfer, Hardfeldstrasse 39, Olten als Ersatz für Urs Aerni vorgeschlagen.

Der Ersatz in stiller Wahl wurde am 14. Mai 2020 im Stadtanzeiger publiziert. Die Beschwerdefrist endet am 17. Mai 2020.

Beschlussesantrag:

Die stille Wahl von Fabian Bürgi als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission wird durch das Gemeindeparlament der Stadt Olten validiert.

Beschluss

Einstimmig wird die Wahl von Fabian Bürgi genehmigt.

Mitteilung an
Herrn Fabian Bürgi, Hardfeldstrasse 39, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Herrn Urs Aerni, Rosengasse 38, 4600 Olten
Direktion Finanzen und Dienste, Urs Tanner
Stadtkanzlei, Kommissionsverzeichnis
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2020

Prot.-Nr. 41

Dringliche Motion Urs Knapp (FDP) betr. «Kopf-Hoch-Franken für Olten»/Frage der Dringlichkeit

Urs Knapp: Dieser Vorstoss macht nur Sinn, wenn er rasch umgesetzt wird. Wenn er heute nicht dringlich ist, wird er frühestens im Juni behandelt werden können und eine Umsetzung wird erst im September mit einem Bericht und Antrag des Stadtrats erfolgen können. Mit der Referendumsfrist wird man dann vielleicht gerade noch auf das Weihnachtsgeschäft bereit sein. Dann wird es nichts mehr bringen. Von daher bitte ich Euch, auch wenn Ihr inhaltlich vielleicht nicht einverstanden seid, dass man mindestens die inhaltliche Diskussion führt. Wenn der Vorstoss nicht dringlich erklärt wird, bringt es nichts. Besten Dank.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Der Stadtrat wehrt sich nicht gegen die Dringlichkeit.

Beat Bachmann, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Diese Motion ist aufgrund der wirtschaftlichen Lage eingereicht worden und hat das Ziel, im zweiten Halbjahr realisiert zu werden. Damit man diese Motion behandeln kann, sprechen wir uns für die Dringlichkeit aus.

Beschluss

Mit 37 : 2 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2020

Prot.-Nr. 42

Dringliche Motion Luc Nünlist (SP) betr. Öffnung Schützenmatte/Frage der Dringlichkeit

Luc Nünlist: Ich kann mich eigentlich nur Urs anschliessen. Diese Motion ergibt nur Sinn, wenn wir sie sofort behandeln. Es geht um verfügbaren Raum. Wir brauchen ihn diesen Sommer. Im Winter wollen wir eigentlich nicht mehr grosse ausufernde Plätze belegen. Das müssen wir jetzt tun. Später ergibt es keinen Sinn mehr. Merci.

Stadtrat Thomas Marbet: Der Stadtrat wehrt sich nicht gegen die Dringlichkeit.

Beschluss

Mit 38 : 1 Stimme wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2020

Prot.-Nr. 43

Geschäftsordnung des Stadtrates von Olten (SRO 122), Zuständigkeitserweiterung für Beglaubigungen/Teilrevision

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat von Olten unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Zur Beglaubigung der Unterschriften und Handzeichen von Privaten und zur Beglaubigung von Abschriften und Auszügen privater Natur sind gemäss §24 Abs.1 und §26 Abs. 1 des kantonalen Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (BGS 211.1) auf Ebene der Stadt Olten der Stadtpräsident bzw. die Stadtpräsidentin und der Stadtschreiber bzw. die Stadtschreiberin zuständig. Der Kantonsrat hat am 5. November 2019 einer Gesetzesänderung zugestimmt, gemäss welcher diese Zuständigkeiten in einem rechtsetzenden Reglement zusätzlich dem Vizepräsidenten bzw. der Vizepräsidentin und dem Stadtschreiber-Stellvertreter bzw. der Stadtschreiber-Stellvertreterin eingeräumt werden können. Die Referendumsfrist ist am 28. Februar 2020 ungenutzt abgelaufen.

Der Stadtrat beantragt dem Gemeindeparlament, diese Erweiterung zu nutzen, um der Bevölkerung von Olten und der Region eine noch bessere Dienstleistung zu erbringen, indem für Beglaubigungen eine möglichst lückenlose Präsenz von zuständigen Amtspersonen gewährleistet wird. Die Erweiterung soll durch eine Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates von Olten (SRO 122) unter Kapitel III. Aufgaben und Kompetenzen von Stadtratsmitgliedern und Direktionen durch die Einfügung eines neuen Art. 16^{bis} Beglaubigungen erfolgen:

Art. 16^{bis} Beglaubigungen

Zur Beglaubigung der Unterschriften und Handzeichen von Privaten und zur Beglaubigung von Abschriften und Auszügen privater Natur werden zusätzlich zum Stadtpräsidenten bzw. zur Stadtpräsidentin und zum Stadtschreiber bzw. zur Stadtschreiberin gemäss § 24 Abs. 1 bzw. § 26 Abs. 1 Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (BGS 211.1) der Vizepräsident bzw. die Vizepräsidentin des Stadtrates und der Stadtschreiber-Stellvertreter bzw. die Stadtschreiber-Stellvertreterin ermächtigt.

Beschlussesantrag:

1. Der Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates von Olten (SRO 122) in Art. 16^{bis} wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. 1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Mit 39 : 0 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Dr. Christine von Arx: Ich kann es kurz machen. Dieses Geschäft hat in der GPK zu keinen Diskussionen Anlass gegeben. Es ist eine sinnvolle Erweiterung der Kompetenzen der zuständigen Personen, damit man das Dienstleistungsangebot immer aufrechterhalten kann.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Herzlichen Dank an Christine, die GPK-Sprecherin, für die Erläuterungen. Ich möchte es nicht verlängern. Es ist tatsächlich so, dass es ein Nachvollzug kantonaler Vorgaben ist. Ich kann noch sagen, dass von dieser Dienstleistung Beglaubigungen tatsächlich Gebrauch gemacht wird. Man kann sagen, dass fast an jedem Tag eine bis zehn Beglaubigungen durchgeführt werden. Von daher erweitert es unseren Handlungsspielraum. Danke, wenn Ihr zustimmt.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Dieses Geschäft ist sicher nachvollziehbar und wir werden einstimmig zustimmen. Wir möchten aber noch anmerken, dass der Stadtschreiber gemäss Artikel 131 Gemeindegesetz, Artikel 22 Ziffer 5 Gemeindeordnung durch das Parlament gewählt wird. Wie steht es mit dem Vize? Eventuell müsste man dies noch überdenken. Ich wäre froh, wenn man dazu noch etwas sagen würde. Unsere Fraktion wird einstimmig zustimmen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wenn ich Dich richtig verstanden habe, war Deine Frage, wie eigentlich die Kompetenzregelung für die Stellvertretung des Stadtschreibers ist. Geregelt ist die Wahl des Stadtschreibers durch das Parlament. Das Andere wird durch den Stadtrat selber geregelt, der nachher auch die Delegation im Rahmen seiner Verordnungskompetenz macht.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates von Olten (SRO 122) in Art. 16bis wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. 1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2020

Prot.-Nr. 44

Steuerreglement SRO 721, Teilrevision 2020/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Am 19. Mai 2019 hat das Schweizer Stimmvolk der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) zugestimmt. Das neue Bundesgesetz hat Auswirkungen auf die Steuerlandschaft der Schweiz und tritt per 1. Januar 2020 in Kraft. Eine der wichtigsten Neuerungen stellt die Abschaffung der besonderen Steuerprivilegien für Statusgesellschaften dar. Mit der Annahme der STAF-Vorlage wurden die bisherigen Sondernormen für Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften per 1. Januar 2020 aufgehoben.

2. Antrag

Die Anpassung des Bundesgesetzes hat Auswirkungen auf das Steuerreglement der Einwohnergemeinde der Stadt Olten vom 25. Januar 2001.

§ 5 Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften muss rückwirkend per 1. Januar 2020 aufgehoben werden.

§ 5 – bisher	§ 5 – neu
Die Gemeindesteuer von Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften (§ 99 und § 100 StG [Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern vom 1. Dezember 1985]) beträgt 50% der ganzen Staatssteuer.	«aufgehoben»

Beschlussesantrag:

1. Der Aufhebung von §5 des Steuerreglements der Stadt Olten (SRO 721) wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Dr. Christine von Arx, GPK: Auch dieses Geschäft hat zu keinen Diskussionen Anlass gegeben. Es handelt sich um einen Nachvollzug von übergeordnetem Recht. Deshalb haben wir auch diesem Geschäft zugestimmt.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Aufhebung von §5 des Steuerreglements der Stadt Olten (SRO 721) wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an
Direktion Finanzen und Dienste
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2020

Prot.-Nr. 45

Neubau Schulanlage Kleinholz / Genehmigung Verpflichtungskredit für Projektierung

Aufgrund der steigenden Schülerzahlen ist die Erstellung von zusätzlichem Schulraum erforderlich. Das Parlament hat am 25. Januar 2018 beschlossen, dass die neue Schulanlage im Kleinholz erstellt wird und mit Beschluss vom 27. September 2018 festgehalten, dass das Raumprogramm im Architekturwettbewerb Schulraum für 16 Klassen (4 Kindergärten und 12 Primarschulklassen), einer Erweiterungsmöglichkeit auf 24 Klassen, Tagesstrukturen und eine Dreifach-Turnhalle umfassen soll. Nach Abschluss des Architekturwettbewerbes und einer Projektüberarbeitung ist nun für die weitere Bearbeitung ein Verpflichtungskredit für die Projektierung erforderlich.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Die Vorlage zum Verpflichtungskredit für die Projektierung Neubau Schulhaus Kleinholz basiert auf dem Auftrag des Gemeindeparlamentes vom 27. September 2018. In der Zwischenzeit wurde der Architekturwettbewerb, mit dem Ziel, den Generalplaner mit dem überzeugendsten Konzept für das Projekt zu finden, abgeschlossen und der Öffentlichkeit präsentiert. Aufgrund der Jurykritik erfolgte nach Abschluss des Verfahrens eine Projektoptimierung. Für den nächsten Schritt ist der Beschluss des Parlamentes zum Investitionskredit für die Erarbeitung Vorprojekt, Bauprojekt und Bewilligung (SIA-Teilphasen 31, 32 und 33) erforderlich.

Projektanforderungen/Bestellung

Mit Bericht und Antrag des Stadtrates vom 27. September 2018 zur Genehmigung der Planungsvorgaben wurden die Projektanforderungen und Ziele umfassend beschrieben. Diese beinhalten im Wesentlichen folgende Punkte:

- Die neue Schulanlage wird mit 16 Abteilungen geplant, davon 4 Kindergartenabteilungen und 12 Primarschulabteilungen.
- Integriert werden die notwendigen Räumlichkeiten für die Tagesstrukturen.
- Der Raumbedarf für das Sportangebot soll in einer Dreifachsporthalle abgedeckt werden. Es soll eine Schulsporthalle realisiert werden, die auch den Vereinen dienen wird.
- Die Schulanlage soll das prosperierende Quartier Kleinholz aufwerten und speziell in den Aussenanlagen als Treffpunkt für die Bevölkerung dienen.
- Die Schulanlage soll aufgrund des zu erwartenden Bevölkerungswachstums bis im Jahre 2040 mit zusätzlichen 8 Abteilungen erweitert werden können.

- Das vorliegende Pädagogische Konzept dient als Planungsvorgabe, indem im Neubau zeitgemässe Lernlandschaften angeboten werden.
- Olten ist Energiestadt und legt bei der Erstellung und im Betrieb ihrer Liegenschaften auf einen nachhaltigen Gebäudepark grossen Wert. Die Baute soll sich am Minergie-P Eco orientieren.

Raumprogramm

Für die aufgrund der Schülerzahlen hergeleiteten 16 Abteilungen wurde mit den notwendigen zudienenden Räumen folgende Nutzflächen abgeleitet (im Vergleich dazu die Flächen nach Wettbewerb und nach Projektoptimierung):

Bezeichnung	Nutzfläche Planungskredit (Machbarkeit) (m²)	Nutzfläche Wettbewerbs- resultat (m²)	Nutzfläche Nach Projekt- optimierung (m²)
Kindergärten	562	581	558
Primarschule (Klassenzimmer)	1'387	1'275	1'224
Musische Räume (Musik und Werken)	694	900	864
Tagesstrukturen (Hortbereich)	207	206	198
Administration / Vorbereitung / Service / Lager / Entsorgung	487	756	738
Total Nutzfläche (Haupt- und Nebenräume) Schulbaute	3'337	3'718	3'582

In den Nutzflächen «Schulräume» sind die Verkehrsflächen für die Erschliessung sowie die Konstruktions- und Funktionsflächen für die technischen Installationen und die Flächen der Turnhallen nicht enthalten.

Besondere Anforderungen Schulanlage

Ganz offensichtlich verändert sich unsere Welt und Gesellschaft immer rasanter - nicht nur die Arbeitswelt der Erwachsenen, sondern auch die Technologie, Kommunikation oder die Familienstrukturen.

Das Schulgelände ist ein Ort, an dem nahezu alle Kinder und Jugendlichen im Lauf der obligatorischen Schulzeit je nach Betreuungssituation zwischen 10'000 und 16'000 Stunden lernen und leben. Lehrpersonen verbringen einen zunehmenden Anteil ihrer Arbeitszeit Vorort um den gestiegenen Anforderungen an die Präsenz, Erreichbarkeit und Zusammenarbeit in interdisziplinären Teams gerecht zu werden.

Die gesellschaftlichen und bildungspolitischen Entwicklungen erfordern eine Anpassung der Schulen in pädagogischer und organisatorischer Sicht. Im Fokus stehen unter anderem:

Kompetenzorientiertes Lernen

- Erweiterte und offene Lernformen zur Individualisierung
- Flexible Unterrichtskonzepte

Umgang mit Heterogenität

- Integrative Förderung
- Altersgemischtes Unterrichten

Schul- und familienergänzende Betreuungsangebote

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Tagesstrukturen

Frühe Förderung

- Sprach- und Integrationsförderung
- Frühe Sozialisation für das Lernen und Wirken in Gruppen

Diese Weiterentwicklungen erfordern neben pädagogischen auch organisatorische Anpassungen verbunden mit der Gestaltung von Schul-, Betreuungsräumen und der Umgebung. Angepasst auf die Aufenthaltsdauer, das Alter und die Entwicklung der Kinder benötigt ein zeitgemässer Unterrichts- und Bildungsbetrieb Räume und Angebote für vielfältig und lebendig gestaltete kognitive, kreative, spielerische und soziale Aktivitäten.

Flexible Raumkonzepte und anregend gestaltete Aussenräume unterstützen vielfältige Lernerfahrungen - und angesichts der steigenden sozialen und kognitiven Anforderungen an Schulkinder eine Balance zwischen Aktivität und Regeneration.

Anforderung Dreifachturnhalle

Auslastung / Belegung

Vormittags können an einer Primarschule 4 Lektionen stattfinden und nachmittags zwei bis drei Lektionen. Eine Turnhalle bietet in Bezug auf die Nutzung durch Primarklassen eine theoretische Kapazität von maximal 32 Lektionen (siehe Tabelle Belegungsplan).

In der Praxis ist eine solche Ausnutzung selten möglich, da die Verfügbarkeiten von Lehrpersonal und Klassen (bspw. die Unterstufe wird nicht während 9 Halbtagen unterrichtet) sowie die sinnvolle Anordnung der Lektionen im Stundenplan dies verhindern. Ebenfalls ist die theoretische Kapazität ohne Berücksichtigung allfälliger Reinigungszeiten gerechnet. Eine Belegung zu 80% kann als realistische Zielsetzung gelten und würde einer Stundenplanung mit 26 Unterrichtslektionen pro Woche entsprechen.

Mit der geplanten Betriebsgrösse von 16 Klassen mit jeweils 3 Lektionen Turnunterricht ergibt sich ein Bedarf von 48 Sportlektionen pro Woche. Das neue Schulhaus ist aufgrund der Entwicklungsgebiete Kleinholz, Bornfeld und Südwest so projektiert, dass es um einen dritten Klassenzug auf total 24 Klassen ausgebaut werden könnte. Bei einem solchen Ausbau müssten 72 Lektionen (3 Turnhallen) eingeplant werden.

Bei einer Betriebsgrösse von 16 Klassen würden somit mindestens zwei Turnhallen benötigt. Dies bei einer Belegung mit 48 von 52 möglichen Lektionen bei einer Auslastung von 80%.

Belegungsplan / Stundenplan						
Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Total
PS 0745 - 0812 (0.5L) SEK 0725 - 0810	5	5	5	5	5	25
0815 - 0900						
0905 - 0950	4	4	4	4	4	20
1010 - 1055						
1100 - 1145						
1150 - 1235	2	2	2	2	2	10
PS 1240 - 1325 SEK 1255 - 1340						
PS 1330 - 1415 SEK 1345 - 1430						
PS 1420 - 1505 SEK 1435 - 1520	3	3	4	3	3	12
PS 1520 - 1605 SEK 1535 - 1620						
1625 - 1710	4	4		4	4	20
1715 - 1800						
1800 - 1900						
1900 - 2000	5	5	5	5	5	25
2000 - 2100						
2100 - 2200						
Primarschule	7	7	4	7	7	32
Sekundarschule	9 + 2 Mittag = 11	45 - 55				
Freizeit + Vereine	5	5	5	5	5	25 - 80

Tabelle: Theoretische Kapazität von Schulräumen (Turnhallen)

Im Zusammenhang mit der Auslastung von den Hallen ist es zusätzlich wichtig, die aktuellen und zukünftigen Lerninhalte zu beachten. Besonders bei Mannschaftssportarten und Spieltrainings wird mit zunehmendem Alter der Lernenden klar, dass eine Einzelhalle den Platzanforderungen des Unterrichts nicht genügt. Bei Schulungs- und Übungseinheiten von Volleyball, Badminton und ähnlich platzintensiven Spielen sind die Übungsformen bei rund 20 Schülerinnen und Schülern in einer Einzelhalle beschränkt. Planbare Doppelhallenbelegungen beispielsweise ab dem 5. Primarschuljahr sind aus Sicht des Unterrichts wertvoll, jedoch bei Vollausslastung der Infrastruktur kaum regelmässig umsetzbar.

Nutzung der Stadthalle

Die Stadthalle als Dreifachhalle bietet grundsätzlich im Primarschulbereich die nötige Kapazität für den Schulbetrieb im Kleinholz. Die heutige Auslastung der Stadthalle durch Regelunterricht wäre bei Vollnutzung durch die Rochade der Belegungen Hübeli, Frohheim und Bannfeld nicht mehr von Bedeutung. Als grosses Manko bietet die Stadthalle jedoch nicht die geeigneten betrieblichen Voraussetzungen.

Heute ist die Stadthalle eine der grössten Eventhallen im Kanton Solothurn und wird auch entsprechend genutzt. Mit einer Umnutzung der Stadthalle als Schul- und Vereinssporthalle würden künftig Veranstaltungen unter der Woche sowie an Wochenenden deutlich eingeschränkt (Generalversammlungen, Messen, Sportgrossanlässe u. ä.). Umgekehrt schränken bereits heute grosse Veranstaltungen mit Auf- und Abbaueiten den Schulsport ein. Dadurch fallen je nach Kalenderjahr zwischen 15 bis 25 Benützungstage weg.

Ausbaustandard

Die Stadthalle wurde vor über 30 Jahren als Sport- und Eventhalle gebaut, nicht als Schulsportthalle. Die Stadthalle kann grundsätzlich mit baulichen Anpassungen (Hallenboden für Schul- und Vereinssport) und Investitionen in Material (Geräte- und Materialräume für drei Hallen) auf die heutigen Bedürfnisse der Schulen und Vereine angepasst werden.

Eine Doppelnutzung würde jedoch zu Kompromissen und Friktionen hinsichtlich beider Nutzungsfelder führen. Eine Eventhalle mit Sportboden benötigt beispielsweise eine

Abdeckung, was sie für Organisatoren aufwändig und entsprechend weniger interessant macht.

Ökologie

Aus ökologischer Sicht ist bei der Stadthalle zu bedenken, dass für den Schulsportunterricht eine zusätzliche Kubatur im Bereich der Zuschauertribünen und des Foyers während den Schulzeiten mitgeheizt werden müsste. Zusätzlich ist die Sanierung der Stadthalle aufgrund ihres Alters unumgänglich.

Nutzung einer neuen Dreifachhalle durch Vereine

Grundsätzlich muss bedacht werden, dass alle Hallenbereiche in der Benutzungszeit am Abend vollständig durch die Vereine besetzt werden.

Der Wettkampfbetrieb in verschiedenen Sportarten (Handball, Unihockey, Hallenhockey, Faustball, etc.) erfordert die Raumgrösse einer Dreifachhalle. Entsprechend ist auch die Nachfrage nach Dreifachhallen für Trainings an den Abenden weit höher als das aktuelle Angebot.

Aktuell wird die Stadthalle, sowie die via Kanton gemietete Giroud-Olma-Halle (BBZ) als Dreifachsporthalle genutzt. Unter der Woche von Montag bis Freitag wird seitens des Vereinssports dringend eine weitere Dreifachhalle benötigt.

Energielabel

Der Stadtrat hat sich im Rahmen der Projektentwicklung auf den Minergie-P-ECO Standard verpflichtet. Da seit Ende 2019 nun auch für die Gebäudekategorie Bildungsbauten die aktualisierte Zertifizierung gemäss Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) 2.0, zur Verfügung steht, konnte eine Abwägung erfolgen, welcher Standard den Anliegen der Stadt und dem Auftrag des Gemeindeparlamentes näherkommt.

Der Nachweis des SNBS 2.0 erfolgt anhand von 45 Indikatoren aus den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt.

Die Kriterien SNBS sind gegliedert in die drei Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt. Gegenüber Minergie besteht bei diesem Label der grosse Vorteil in der Wahl des Lüftungskonzeptes. Mit dem SNBS können gut funktionierende und einfach bedienbare Minimallüftungen geplant werden, während dem MinergieP-ECO die Auswahl massiv einschränkt und ohne einen Mehrnutzen verteuert. Die Kriterien für das Thema Umwelt basierend auf der Ressourcen- und Klimabetrachtung vom SIA 2040 Effizienzpfad Energie, der Materialanforderungen von Minergie-ECO, der Inbetriebnahme sowie der nachhaltigen Mobilität, der Artenvielfalt und der Bodennutzung (Dichte).

Die Zertifizierung nach SNBS wird beim vorliegenden Projekt als sinnvoller als die Zertifizierungen Minergie-P-ECO erachtet, da SNBS flexiblere und einfacher bedienbare Lösungen auch in Richtung Low Tech zulässt und eine ganzheitlichere Beurteilung (Mobilität, Umgebungsgestaltung, städtebauliche Eingliederung) zulässt. In diesen Kriterien liegt für das Schulhaus nun ein vorbildliches Projekt vor. Mit der Zertifizierung gemäss SNBS Bildungsbauten kann ein wirkungsorientiertes Instrument für die gesamthafte Abbildung nachhaltiger Ziele bei der Projektentwicklung eingesetzt werden. Bei frühzeitiger Implementierung des SNBS entstehen gemäss den Rückmeldungen der Fachplaner auch keine nennenswerten Zusatzaufwände.

Projektwettbewerb

Verfahrensablauf

Das Submissionsgesetz des Kantons Solothurn fordert für die Vergabe eines Projektauftrages, welcher über dem Schwellenwert von Fr. 250'000.- liegt, ein offenes Vergabeverfahren, wie dies z. B. der Projektwettbewerb darstellt. Der Projektwettbewerb wurde in einem selektiven Verfahren öffentlich ausgeschrieben. In der 1. Phase hatten die bewerbenden Teams im Rahmen einer Präqualifikation ihre Eignung für die Bewältigung der Aufgabe nachzuweisen und ihre herausragende Qualifikation in den Bereichen Städtebau, Architektur, Landschaftsarchitektur, Baumanagement, Gebäudetechnik und Nachhaltigkeit sowie ihre technische, personelle und organisatorische Leistungsfähigkeit und ihre Erfahrungen im Schulhausbau darzulegen.

Zum Projektwettbewerb in der 2. Phase des Submissionsverfahrens wurden aus 88 Bewerbungen 15 Generalplaner ausgewählt und zur Projekteingabe eingeladen, davon 2 Generalplaner mit Nachwuchsbüros aus dem Bereich Architektur. Die eingereichten 15 Projektdossiers hat die Jury gemäss dem Erfüllungsgrad der Beurteilungskriterien rangiert. Der Projektwettbewerb wurde anonym durchgeführt und die Ergebnisse wurden vom 25. September bis am 9. Oktober 2019 öffentlich ausgestellt.

Siegerprojekt „windmolen“

Das Siegerprojekt „windmolen“ stammt vom Team neff neumann architekten ag, Zürich (Architektur) zusammen mit b+p baurealisation ag, Zürich (Baumanagement), sowie den weiteren Fachplanern Studio Vulkan Landschaftsarchitektur GmbH, Zürich (Landschaftsarchitektur), Büro Thomas Boyle + Partner AG, Zürich (Baustatik), Waldhauser + Hermann, Münchenstein (Gebäudetechnik) und Durable Planung und Beratung GmbH, Zürich (Energie / Nachhaltigkeit).

Es wurde wie folgt im Jurybericht beschrieben und beurteilt:

«Die zweigeschossig in Erscheinung tretende Schulanlage vereint Dreifachsporthalle und Schulhaus in einem Gebäude, welches jedoch auch unabhängig voneinander betrieben werden kann. Windmühlenartig sind die Räume um den zentralen Innenraum organisiert, wobei strukturell vier Andockstellen für mögliche bauliche Erweiterungen entstehen. Diejenige Richtung Norden ist mit der Dreifachsporthalle besetzt, welche parallel zur Stadthalle steht und im Zwischenraum den neuen Quartierverbindungsweg von der Kleinholzstrasse bis zur Ahornallee definiert. Der weiträumige, dreiseitig umlaufende Grünraum wertet die gesamte Anlage auf und ist eine Bereicherung für die Bewohner des Quartiers.

Die Nutzungsverteilung der verschiedenen Bereiche ist einfach und klar. Im Erdgeschoss sind neben dem Haupteingang die Schulleitung mit Lehrerbereich sowie die vier Kindergartenabteilungen und die Räumlichkeiten der Tagesstrukturen angeordnet. Diese Nutzungen erhalten dadurch einen direkten Zugang in den Aussenraum. Im ins Untergeschoss abgetrepten zentralen Innenraum können Veranstaltungen, Theateraufführungen und weitere Aktivitäten in Kombination mit den Musikräumen erfolgen. Durch diese Disposition konnten im Obergeschoss sämtliche Klassenzimmer und Werkräume angeordnet werden. Die Kombinationsmöglichkeiten mit den Gruppenräumen und den aktivierbaren Verkehrsflächen ergibt die erwünschte grosse Nutzungsflexibilität, die an zukunftsweisende Lernlandschaften gestellt wird.

Das Hallenniveau der Dreifachsporthalle liegt im Untergeschoss, sodass die Garderoben und Materialräume nicht volumetrisch in Erscheinung treten. Dadurch wirkt der Turnhallenkörper schlank und ist von drei Seiten einsehbar. »

Projektoptimierung

Der von der Jury festgestellte und im Jurybericht deklarierte Anpassungsbedarf musste infolge der Relevanz (Grundriss, Kosten, Terminplan) zuhanden der Vorlage an das Gemeindeparlament aufgearbeitet werden. In der Projektoptimierungsphase wurden die Erkenntnisse aus dem Projektwettbewerb bezüglich Betrieb und Funktionalität (Musikräume) sowie Flächeneffizienz und Kostenvorgabe verbessert. So konnte die Geschossfläche über das ganze Projekt um ca. 5% reduziert werden. Zusätzlich führten konstruktive Vereinfachungen (Massivbau anstelle Hybridbauweise) und die Verlagerung der Musikräume aus dem abgetreppten Zentralraum zu weiteren Kosteneinsparungen.

Mit der Projektoptimierung ist es gelungen, die Stärken des Projektes „windmolen“ zu erhalten und in gewissen Bereichen sogar zu verbessern, ohne die betrieblichen Anforderungen zu beeinträchtigen. Auf dieser Projektbasis soll nun die Projektierungsphase erfolgen. Dieser Projektstand dient als Grundlage für die Projektierungsphase bezüglich Projektinhalt, Kosten und Terminprogramm.

Die Pläne im Anhang resp. im Auflagedossier dokumentieren den aktuellen Projektstand.

Projektkosten

Investitionsplanung

Im Finanzplan 2020-2027 sind für das Bauvorhaben folgende Mittel vorgesehen:

Jahr	Schulhaus	3-fach Turnhalle
	2170.5040.003	2170.5040.009
	[CHF]	[CHF]
2020	800'000	200'000
2021	6'200'000	3'000'000
2022	7'200'000	4'000'000
2023	6'200'000	3'000'000
Total	20'400'000	10'200'000

Kostengrobschätzung Schulhaus und Sporthalle

Auf der Basis des optimierten Wettbewerbsprojekts wurde von der b+p Baurealisation eine Kostengrobschätzung nach eBKP-H erstellt (Kostengenauigkeit +/- 20%):

Bezeichnung	Schulhaus (CHF)	3-fach Turnhalle (CHF)	Total (CHF)
Anlagekosten	23'186'000	11'374'000	34'560'000
Davon Erstellungskosten (Anlagekosten ohne Grundstück, Reserve und MWSt.)	21'528'000	10'561'000	32'089'000
Davon Bauwerkskosten (Kosten für die Gebäudeherstellung)	12'370'000	6'096'000	18'466'000

In der Kostengrobschätzung sind folgende Kosten nicht enthalten, da sie nach heutigem Kenntnisstand nicht relevant sind:

- Grundstückskosten (in Kostenrechnung mit Fr. 0.-; da das Grundstück derzeit im Finanzvermögen, bedingt dies einen Entscheid für den Transfer ins Verwaltungsvermögen; der Buchwert der Parzelle GB Olten Nr. 927 liegt bei Fr. 868'970.-)
- 50% Neumöblierung (da Übernahme bestehendes Mobiliar)

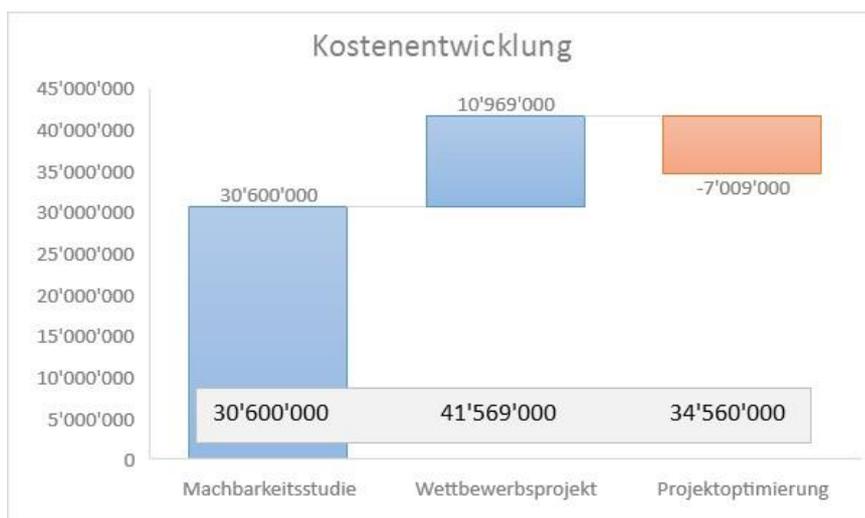
- Atlastensanierung und Schadstoffe (ehem. Schiessanlage wurde fachgerecht saniert)
- Kapitalkosten und Teuerung (Kostenstand April 2019)
- PV-Anlage (Erstellung und Betrieb durch die sbo.aen vorgesehen)
- Kosten für Umzug und Provisorien (separate Vorlage Zementweg 48 resp. Umzug)
- Kosten für eine mögliche Pump Track Anlage ausserhalb des Bearbeitungsperimeters (separate Vorlage bei Bedarf)

Kostenentwicklung

Der Finanzplan ist von tieferen Kosten ausgegangen. Die Abweichungen zur Machbarkeitsstudie 2018, welche die Grundlage der Kostenschätzung im Finanzplan war, begründet sich wie folgt:

- Die horizontale Erweiterbarkeit um 8 weitere Abteilungen in Zukunft bedingt eine sinnvolle Vorinvestition bezüglich Situierung und Andockstellen.
- Die Etappierungsmöglichkeit der Turnhalle (separate Baute) verhindert ein kompakteres Volumen und erhöht den Benchmark, gleichzeitig kann jedoch der Schulbetrieb auf mehrheitlich 2 Ebenen stattfinden, was einen betrieblichen Vorteil bietet.
- Die pädagogisch sinnvollen und für einen zukunftsweisenden Unterricht notwendigen Lernlandschaften fordern zusätzliche Flächen als nur reine Erschliessungskorridore. Dies generiert jedoch einen Mehrwert und bietet die notwendige Nutzungsflexibilität und Adaptionfähigkeit an künftige Veränderungen.
- Der Gebäudestandard Minergie-P Eco resp. SNBS führt zu Mehrkosten bei den Investitionen (höhere Dämmwerte, Lüftungsanlage, Anteil Einsatz erneuerbare Energie), ist jedoch langfristig wirtschaftlicher, da sich dies positiv auf die jährlich wiederkehrenden Betriebskosten auswirkt (u.a. tiefere Energie- und Unterhaltskosten). Gleichzeitig deckt sich diese Anforderung mit dem politischen Vorstoss zur CO2-Neutralität.
- Der Aussenraumperimeter wurde vergrössert. Damit entsteht aber auch ein wertvoller Treffpunkt im Quartier Kleinholz.

Im Rahmen des Projektwettbewerbes waren die Erstellungskosten ein Beurteilungskriterium, daher wurden diese von unabhängiger Stelle überprüft und verglichen. Bei den 6 rangierten Wettbewerbseingaben bewegen sich die Anlagekosten zwischen CHF 41,6 und CHF 45,7 Mio. Das Projekt «windmolen» war also im Quervergleich ein kostengünstiges Projekt. Zudem wurden diesem Projekt auch das erforderliche Optimierungspotential zugestanden. Die Projektoptimierung führte bei der Kostenentwicklung zu einer entsprechenden Verbesserung.



Grafik: Kostenentwicklung der vergangenen Projektphasen.

Das Ziel einer Kostenreduktion konnte – neben konstruktiven Überlegungen im Wesentlichen durch die Reduktion der Klassenzimmergrösse von 75 m² auf 72 m² eingelöst werden. Die Rasterverkleinerung wirkt sich weiter auf sämtliche Räume aus, sodass gesamthaft rund 5% der Geschossfläche eingespart werden konnte.

Kreditantrag

Projektumfang

Die Schulanlage gliedert sich in die Bereiche a) Primarschulhaus mit den Schulräumen für 4 Kindergartenabteilungen und 12 Primarschulklassen inklusive Werkräumen, Schulleitung und Lehrerbereich sowie Tagesstrukturen, b) Dreifachsporthalle und die c) Aussenanlagen für die verschiedenen Nutzergruppen. Gesamthaft umfasst die Schulanlage eine Geschossfläche (GF) von gesamthaft 8'393 m².

Für den Schulbetrieb auf der Basis von 16 Abteilungen würde grundsätzlich das Raumangebot einer Doppelsporthalle ausreichen. Der Entscheid, bereits heute die Dreifachsporthalle auszuführen ist jedoch wirtschaftlich, da eine nachträgliche Erweiterung um eine Sporthalle bei der Ergänzung der Schulanlage um 8 zusätzliche Abteilungen unverhältnismässig kostenintensiv wäre. Diese Vorinvestition dient zudem dem Vereinssport und generiert einen massiven Mehrwert. Diese Infrastruktur ermöglicht auch die Stadthalle als Eventhalle und für grössere Vereinsanlässe weiterzuführen und sie kann die Funktion eines Minimalbetriebes während der Sanierung der Stadthalle aufrechterhalten. Zudem kann auch mit einem Beitrag aus dem Sport-Toto-Fond des Kantons gerechnet werden.

Kostenzusammenstellung Projektierungskosten

Für die nun anstehende Projektierungsphase ist für die Planerhonorare (Phasen Vorprojekt, Bauprojekt und Bewilligung) nachstehender Finanzbedarf notwendig:

	Phase 31 Vorprojekt	Phase 32 Bauprojekt	Phase 33 Bewilligung	Total
Planerhonorare	505'000	1'125'000	120'000	1'750'000
Projektleitung	43'000	93'000	14'000	150'000
Bauherrschaft				
Nebenkosten	22'000	50'000	8'000	80'000
Total (exkl. MwSt.)	570'000	1'268'000	142'000	1'980'000

Um den Terminplan einer Eröffnung im Sommer 2024 einzuhalten, muss vor Bewilligung des Baukredits die Baueingabe vorbereitet werden, damit nach dem positiven Entscheid des Baukredits direkt die Baueingabe eingereicht werden kann.

Aus der oben aufgezeigten Honorarkalkulation ergibt sich folgende Zusammenstellung für den Projektierungskredit:

Kostenzusammenstellung		
Planerhonorare (Phasen 31, 32, 33)	CHF	1'750'000
Projektleitung Bauherrschaft *)	CHF	150'000
Nebenkosten (Modellbau, Kopierspesen)	CHF	80'000
Untersuchungen (Geologisches Gutachten, usw.)	CHF	10'000
Sitzungsgelder und Spesen	CHF	10'000
Zwischentotal	CHF	2'000'000
MwSt., 7.7%	CHF	154'000
Reserve / Rundung (ca. 3.3%)	CHF	66'000
Total Projektierungskredit, inkl. MwSt.	CHF	2'220'000

*) Die Grösse und Komplexität des Projektes bedingt eine professionelle und dauernde Projektbegleitung. Die Direktion Bau muss aufgrund der zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen einen grossen Teil der Projektleitung Bauherrschaft für die Umsetzung des Bauvorhabens delegieren. Aus diesem Grund wird das Mandat der Projektleitung Bauherrschaft von einer mit Schulbauten ausgewiesenen externen Firma bezogen.

Plausibilisierung Wirtschaftlichkeit

Die in der Kostengrobschätzung kalkulierten Anlagekosten ergeben im Durchschnitt für das Schulhaus inkl. Sporthallen einen Benchmark von 4'122 CHF/m² GF (Basis Anlagekosten). Der Vergleich mit Schulanlagen, die in den letzten Jahren erstellt wurden, zeigt, dass die berechneten Kosten pro m² Geschossfläche in einem vergleichbaren Rahmen liegen. Zusätzlich garantiert der Gebäudestandard tiefe jährlich wiederkehrende Betriebskosten (u.a. Energie- und Unterhaltskosten) sowie tiefere Instandsetzungskosten durch die konsequente Systemtrennung.

Die nachstehende Tabelle weist die verschiedenen Kennwerte der Referenzprojekte aus (GF «Geschossfläche», BUF «Bearbeitete Umgebungsfläche»):

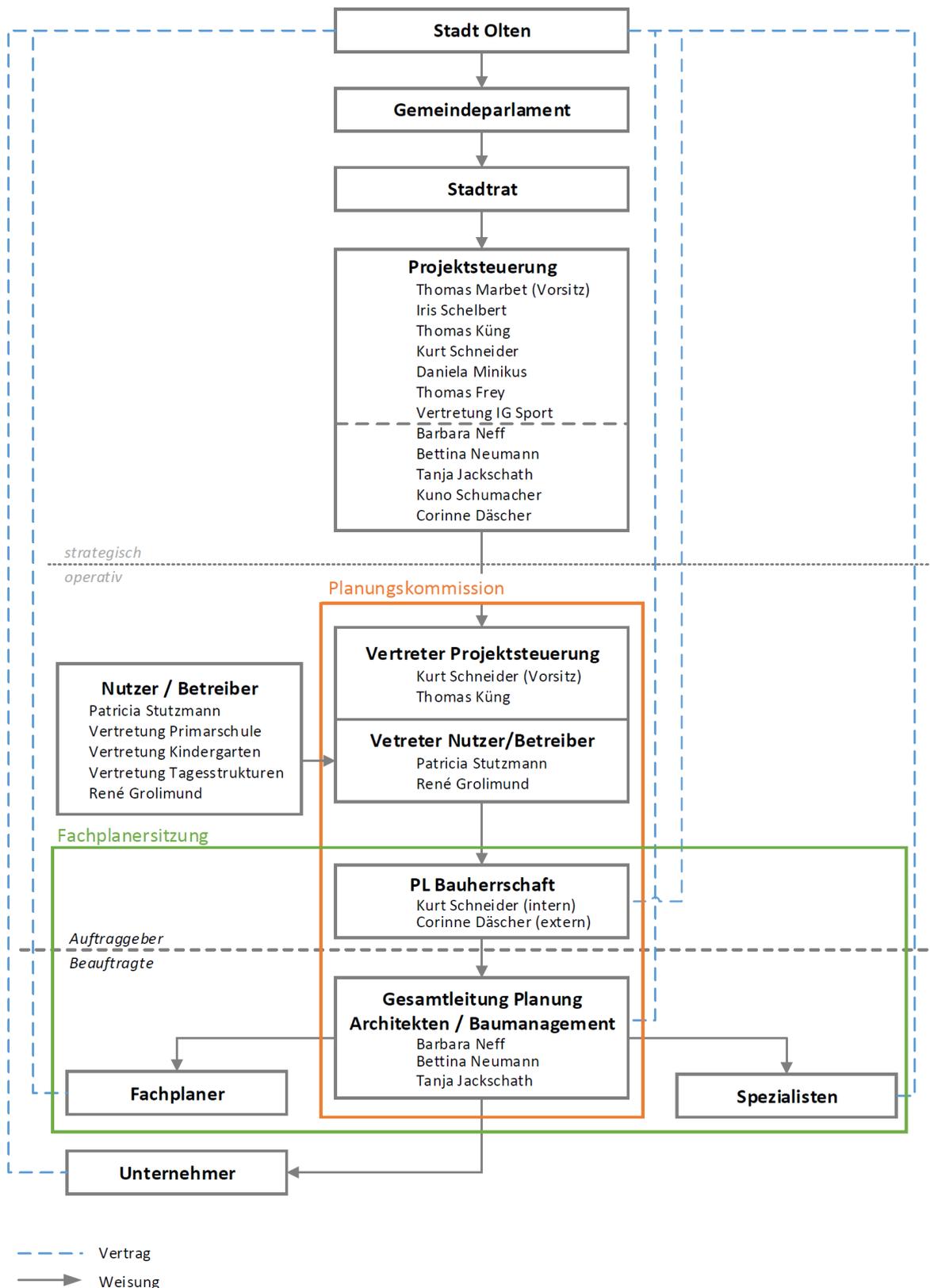
Schulhaus	Raumprogramm	Anlagenkosten ohne Grundstückskosten (CHF)	Flächen nach SIA 418	Kennwerte Anlagekosten
Neubau Schulanlage Kleinholz, Olten	<ul style="list-style-type: none"> - 16 Klassenzimmer - 8 Gruppenräume (Klassen) - 4 Werkräume (technisch/textil) - 2 Musikzimmer - 2 Therapiezimmer klein (Logopädie) - 1 Arbeitszimmer Lehrpersonen - 1 Aufenthalt Lehrpersonen - 1 Büro Schulleitung/Sekretariat/Hauswart - Tagesstrukturen - Lernlandschaft - Singsaal - Versammlungsort - 3-fach Sporthalle 	<p>Schulhaus und Sporthallen: 34.6 Mio. CHF</p> <p>Schulhaus: 23.2 Mio.</p> <p>Sporthalle: 11.4 Mio.</p>	<p>GF Schulhaus: 6'049 m² GF Sporthallen: 2'344 m² GF Gesamt: 8'393 m²</p> <p>BUF Schulhaus: 4'981 m² BUF Sporthallen: 5'764 m²</p>	<p>Schulhaus: 3'833 CHF/m² GF</p> <p>Sporthallen: 4'852 CHF/m² GF</p> <p>Schulhaus + Sporthallen: 4'122 CHF/m² GF</p>

Schulhaus	Raumprogramm	Anlagenkosten ohne Grundstückskosten (CHF)	Flächen nach SIA 418	Kennwerte Anlagekosten
Erweiterung Schulhaus Oberdorf, Oensingen	- 8 Klassenzimmer - 4 Gruppenräume - 2 Werkzimmer - 1 Lehrervorb.	Schulhaus: 8.6 Mio. CHF	GF Schulhaus: 1'954 m2 BUF: keine Angaben	Schulhaus: 4'401 CHF/m2 GF
Neubau Primarschulhaus BZZ, Zofingen	- 12 Klassenzimmer - 6 Gruppenräume - 1 Reservezimmer - Logopädie - Bibliothek - Singsaal - Zentralraum	Schulhaus: 19.6 Mio. CHF	GF Schulhaus: 4'760 m2 BUF: keine Angaben	Schulhaus: 4'118 CHF/m2 GF
Schulanlage Alp 2, Wangen bei Olten	- 6 Klassenräume für Primarschule und Kindergarten - Teilunterkellerung	Schulhaus: 4 Mio. CHF	GF Schulhaus: 1'140 m2 BUF Schulhaus: 1'500m2	Schulhaus: 3'509 CHF/m2 GF
Schulzentrum Mühlematten, Villmergen	- 14 Klassenzimmer - 8 Gruppenräume - 5 spez. Unterrichtsräume - Doppelturnhalle	Schulhaus und Sporthallen: 21.7 Mio. CHF	GF Schulhaus: 4'030 m2 GF Sporthallen: 1'683 m2 GF Gesamt: 5'713 m2 BUF: keine Angaben	Schulhaus und Sporthallen: 3'798 CHF/m2 GF
Schulhaus in der Höh, Volketswil	- Doppelturnhalle im 2. OG - 24 Klassenzimmer, flexibel unterteilbar - Bibliothek - Lernlandschaft	Schulhaus und Sporthallen: 25.8 Mio. CHF	GF Schulhaus und Sporthallen: 7'672 m2 BUF Schulhaus und Sporthallen: 9'480 m2	Schulhaus und Sporthallen: 3'708 CHF/ m2 GF
Schulhaus Mellingen	- Doppelturnhalle im Untergeschoss (bis Erdgeschoss) - 5 Musikzimmer - 4 Werkräume - 7 Klassenzimmer - 1 grosses Musikzimmer	Schulhaus und Sporthallen: 18.75 Mio. CHF	GF Schulhaus und Sporthallen: 4'213 m2 BUF Schulhaus und Sporthallen: 6'200 m2	Schulhaus und Sporthallen: 4'452 CHF/m2 GF

Projektorganisation

Das nachstehende Organigramm stellt die Ablauforganisation und die verschiedenen Steuerungsebenen dar. Dabei stellt die Projektsteuerung das strategische Gremium zum Projektcontrolling dar und der Planungskommission obliegt die Verantwortung der operativen Projektführung.

Die Nutzerbedürfnisse werden durch die Arbeitsgruppe Nutzer/Betreiber vertreten, sodass dem Planungs- und baubegleitenden Facility-Management die notwendige Beachtung geschenkt werden kann. Als verbindliches Dokument für die Projektierungsphase dient ein Betriebskonzept, welches mit dieser Arbeitsgruppe erarbeitet wird.



Weiteres Vorgehen, Termine

Nach der Genehmigung des Projektierungskredits soll das Projekt innerhalb der nachstehenden Meilensteine abgewickelt werden, damit der Betrieb auf das Schuljahr 2024/25 aufgenommen werden kann:

Meilensteine (Inhalt)	Termin
Start Vorprojekt	April 2020
Start Bauprojekt	Januar 2021
Genehmigung Baukredit (Volksabstimmung)	13. Juni 2021
Baubewilligungsverfahren	Juli 2021
Ausschreibung	Ab August 2021
Realisierung	Ab März 2022
Bezug / Inbetriebsetzung	Juli 2024

Fazit

Es ist ein Kernauftrag der Stadt, zeitgerecht genügend und den pädagogischen Anforderungen entsprechenden Schulraum anzubieten. Das vorliegende Projekt setzt dies vorbildlich um und leistet als neuer Treffpunkt im Quartier auch über den eigentlichen Auftrag hinaus einen wertvollen Beitrag für das zukünftige Stadtleben. Das Quartier Kleinholz ist in den letzten Jahren gewachsen und weist noch viel Potential aus. Diese Entwicklung wird mit dem vorliegenden Projekt positiv unterstützt. Letztendlich sind auch hier weitere Bewohner/innen zu erwarten, welche sich für das Stadtleben engagieren.

Die Stadt hat die Chance, ein Projekt umzusetzen, das vorbildlich auf die Anliegen der zukünftigen Schule eingeht, sich hervorragend in die Situation mit der Stadthalle einfügt und in Bezug auf die Kosten im Rahmen der aktuell erstellten Schulbauten einreicht. Der Stadtrat vertritt daher die Haltung, dass dieses Projekt unbedingt im vorliegenden Umfang und zeitnah weiterentwickelt werden sollte.

Aktenverzeichnis

- A1 Planbeilagen, 17. Dezember 2019
- A2 Gegenüberstellung Schulanlagen, 21. Januar 2020
- A3 Terminplan, 4. Dezember 2019

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Kredit von Fr. 2'220'000.- (inkl. MwSt.) zur Projektierung des Schulhauses Kleinholz mit einer Dreifachturnhalle wird zu Gunsten Konto Nr. 2170.5040.003 (Fr. 1'480'000.-) und Konto Nr. 2170.5040.009 (Fr. 740'000.-) bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Die Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Corina Bolliger: Die GPK konnte sich dank der guten Unterlagen zum Planungskredit des Schulhauses gut vorbereiten. Wir haben sehr viele Informationen erhalten, um noch einmal über das Projekt nachzudenken und es anzuschauen. Fragen zu Raumaufteilung und Verwendung der potenziellen Dreifachturnhalle und zu den Kosten sind sehr zufriedenstellend beantwortet worden. Man ist der Meinung, dass man die Kosten jetzt einigermaßen im Griff hat, legt aber Wert darauf, dass der Kostenrahmen jetzt eingehalten werden muss. Auch die Frage, ob die Lehrpersonen von Olten im pädagogischem Sinn mit gutem Gefühl hinter diesem Schulhaus stehen können, wurde mit einem überzeugenden Ja beantwortet, waren die Lehrpersonen doch sehr stark bei der Auswahl des zukünftigen Schulhauses involviert und durften mitbestimmen, welche Projekte in die enge Auswahl kommen. Die Antwort ist in der GPK gut angekommen und verbreitet auch das Vertrauen, dass man diesem Siegerinnenprojekt eine gute Wahl getroffen wurde. Ihr habt richtig gehört, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wem es nicht schon selber aufgefallen ist, wurde das Schulhaus Windmolen von einem Architektinnenteam entworfen, was mich besonders freut. Weiter ist positiv erwähnt worden, dass man plant, auf dem Dach eine PV-Anlage zu installieren und dieses Haus allgemein nach einer nachhaltigen Bauweise entsteht und so einmal Kosten bei CO2 und beim Unterhalt gespart werden können. Auch die Pantrec-Anlage, die sehr wahrscheinlich entstehen wird, ist ein cooles Zeichen an die Jugend von Olten, nämlich, dass man bei der Planung eines Generationenprojekts an sie denkt. Auch eine Tagesschule zu installieren wäre möglich, wenn der Wille und der Bedarf vorhanden sind. Man kann durchaus von einer positiven Grundhaltung der GPK zu diesem Planungskredit sprechen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich vertrete dieses Geschäft heute mit zwei Personen. Wir behalten uns vor, auch kurz zu bleiben. Einerseits durch mich, den Baudirektor, und andererseits durch meine Kollegin, Iris Schelbert-Widmer, für die pädagogische Würdigung dieses Projekts. Ich beginne am Ende des Berichts und Antrags an. Der Stadtrat beantragt Euch einen Kredit von 2,2 Millionen Franken für die Projektierung des Schulhauses, der Schulanlage Kleinholz. Das heisst in diesem Fall Planung. Die Ausführung wird ein Jahr später kommen. Die Projektierung, Planung der Schulanlage, bestehend aus dem Schulhaus selber, und dieser Dreifachturnhalle. Dieses Geschäft brauchte einen langen Anlauf. Ihr erinnert Euch. Wir haben in der laufenden Amtsperiode die Schulraumplanung wieder aufgestartet, überprüft und auch bereinigt und dem Parlament am Anfang des Jahres 2018

den Standortentscheid vorgelegt. Diesen habt Ihr mit dem Entscheid, die Schulanlage im Kleinholz oben zu realisieren, gefällt und dann Ende des Jahres 2018 mit dem Raumprogramm, das man festgelegt hat, dass dort 16 Klassenzimmer realisiert werden, unter anderem auch vier Kindergärten, zusätzlich natürlich Nebenräume, Besprechungsräume, auch Musikräume und Kindergarten. Rund vor einem halben Jahr, die GPK-Sprecherin hat es angesprochen, durften wir im 10. Stock des Stadthauses das Siegerinnenprojekt begutachten. Einige von Euch waren auch dabei. Es war ein mehrstufiger Prozess. Man hat aus 88 Teams in einer Präqualifikation 15 Teams ausgewählt. Man hat am Schluss sechs Rangierungen vorgenommen, und die Siegerinnen sind in diesem Fall die Architektinnen Neff/Neumann aus Zürich. Sind haben ein Projekt vorgelegt, das der Stadtrat, aber auch die Projektsteuerung überzeugt hat. Meine Kollegin wird dann zur Pädagogik noch das Wort ergreifen. Wir beantragen Euch, diese Realisierung vorzunehmen und zwar die gesamte Realisierung, von der Schulanlage, des Schulhauses inklusive der Dreifachturnhalle. Für die Realisierung in einem Jahr, wo es dann obligatorisch eine Volksabstimmung braucht, werden wir es auch so andenken, dass man in Varianten abstimmen kann, so dass sich der Stimmbürger und die Stimmbürgerin auch differenziert zu den einzelnen Bauteilen, wenn ich es so sagen darf, äussern kann. Ich sage einmal, die Schulanlage wird baulich einen modernen Touch haben. Sie ist ökologisch ausgerichtet. Sie orientiert sich am Minergielabel Eco P. Man nimmt in diesem Fall jetzt nicht dieses Label. Das ist ein Label einer privaten Organisation. Man nimmt in diesem Fall ein SMBS-Label. Das gibt auch etwas mehr Freiheit und deckt die ökologischen Ansprüche auch ein wenig weiter ab. Wir haben es von der GPK-Sprecherin angesprochen. Es ist eine Photovoltaikanlage auf dem Dach vorbereitet, so dass sich auch der CO2-Fussabdruck reduziert. An der Parlamentssitzung im Konzertsaal werden wir von unseren beiden Direktionsleitern Thomas Küng, Bildung und Sport, und Kurt Schneider, Direktion Bau, assistiert, die uns vielleicht bei fachlichen Fragen noch assistieren können.

Iris Schelbert: Schön, dass wir uns wieder einmal so treffen können. Ich finde dies megaschön. Bei uns bei Bildung und Sport ist dieses Schulhaus ja eigentlich schon seit 2013 ein Thema. Schon damals hat man das pädagogische Konzept ausgearbeitet und auch das Raumprogramm. Das war nämlich die Abschlussarbeit von Patricia Stutzmann, die sie als Schulleiterin gemacht hat. Das beantwortet ein Stück weit die Frage, ob die Lehrerinnen und Lehrer des Hübelischulhauses hinter diesem Projekt dieses neuen Schulhauses im Kleinholz oben stehen. Das ist natürlich der Fall. Sie konnten bei diesem Raumprogramm und beim pädagogischen Konzept alle mitreden und mitgestalten. Ja, Bildung und Sport hat ein Schulhaus bestellt. Nachher hat die Arbeit angefangen. Ein Schulhaus baut man wahrscheinlich höchstens einmal im Leben, wenn überhaupt. Es ist eine unglaublich spannende, herausfordernde Arbeit. Ich glaube, alle, die einmal ein Haus gebaut haben, wissen, dass man, wenn man das erste Haus gebaut hat, wissen würde, wie es geht. Wir versuchen aber schon, unser Schulhaus wirklich optimal zu planen und zu bauen. Das Raumprogramm entspricht der heutigen und künftigen Idee und auch der Praxis von Unterricht sowie der dazu erforderlichen Lernumgebung. Wir haben jetzt alle das Wort Präsenzunterricht gelernt. Es geht um diesen Unterricht, in der Hoffnung, dass die Kinder tatsächlich zur Schule gehen können. Bei diesem Schulhaus ist ganz speziell, dass es städtebaulich wirklich in dieses Quartier eingebettet ist, im wahrsten Sinne des Wortes. Das ist nicht ein solcher Solitär wie ein Bifang, das grossmächtig dort steht und sagt, da haben wir eine Bildungsstätte, sondern dieses Schulhaus gibt sich ganz wunderbar in dieses Quartier hinein und ist praktisch ein Quartiermittelpunkt. Wir arbeiten auch jetzt, wo es wirklich um Detailplanungen geht, ganz, ganz eng zusammen. Es ist eine Riesenherausforderung für diejenigen, die dort mit dem Bau zusammen mitmachen, und diese Zusammenarbeit ist gut. Wir werden ernst genommen. Wir können mitreden. Es wird ausgetauscht. Es ist eine ganz tolle Erfahrung. Merci vielmals. Natürlich musste dieses Projekt optimiert werden. Ihr erinnert Euch. Ihr habt Euch all diese Modelle und Pläne angeschaut und habt dies studiert. Ich musste dann lernen, ja, das ist ein Plan. So stellen es sich Architektinnen vor. Aber man musste einige Sachen noch funktionaler gestalten, gerade den Eingangsbereich. Ihr habt dies ja alles in den Vorlagen. Weil die Bäume nicht in den Himmel wachsen, mussten wir uns natürlich einschränken und mit den geplanten Kosten

herunterkommen. Heute geht es darum, dass wir dieses Schulhaus und die Dreifachturnhalle auf den weiteren Weg schicken, nämlich, dass wir diesen Planungskredit sprechen. Ihr sprecht ihn. Uns zuliebe gerne. Nachher kann man weiterplanen. Das ist wie beim Finanz- und Investitionsplan. Je weiter man arbeitet, desto präziser wird alles, wird das Schulhaus, werden die Kosten usw. Deshalb freue ich mich sehr, wenn wir heute diesen Planungskredit gesprochen bekommen und man das ganze Projekt wirklich weiter aufgleisen kann. Merci vielmals.

Huguette Meyer Derungs, Fraktion SP/Junge SP: Seit zehn Jahren bin ich in Olten am Unterrichten. Ich habe von der kleinsten oder fast kleinsten Schule im Kanton zu einem der grössten Schulen, hier in Olten, gewechselt. Vor allem das pädagogische Konzept hat mich an meinen Wohnort gelockt. Ich erinnere mich, dass schon vor zehn Jahren ein neues Schulhaus im Gespräch war. Zehn Jahre später steht jetzt in dieser kleinen Gemeinde ein neues Schulhaus, und bei uns wird immer noch diskutiert und darüber gesprochen. Obwohl die Zeit drängt, die Schülerzahlen wachsen, der Platz in den bestehenden Schulhäusern wird knapper und knapper. Gut, heute sind wir einen Schritt weiter als vor zehn Jahren. Heute stimmen wir über den Verpflichtungskredit für die Projektierung ab. Um es vorweg zu nehmen: Die Junge SP und die SP stehen voll hinter diesem Projekt. Der Neubau ist nötig, weil die Schülerzahlen wachsen. Das ist ein Fakt. Besonders erfreulich ist, dass das neue Schulhaus moderne pädagogische Konzepte und gesellschaftliche Entwicklungen einbezieht. Das flexible Raumkonzept lässt die Möglichkeiten für kompetenzorientierte und offene Lernformen zu und die Tagesstrukturen sind ein wichtiges und längst benötigtes Angebot, um Familien und Beruf besser vereinbaren zu können. Wir danken auch der Baudirektion für die Tabelle mit den Kosten der Referenzprojekte. Hier ist nämlich ersichtlich, dass wir mit Windmolen ein nachhaltiges Projekt haben, das im Schnitt aller Projekte ist und kein vergoldetes Schloss für die Oltner Schülerinnen und Schüler werden sollte, auch nicht mit einer Dreifachturnhalle. Diese gerade einzuplanen, macht für uns durchaus Sinn. Die Stadthalle könnte so auch weiterhin als Eventhalle genutzt werden und müsste nicht für den Schulbetrieb umgebaut werden. So, wie die Stadthalle jetzt ist, kann man sie nicht für eine Vollausslastung brauchen. Es hat zum Beispiel nur in einer Turnhalle Geräte, in den beiden anderen nicht. Zudem wäre eine spätere Erweiterung einer allfälligen Zweifachhalle zu einer Dreifachhalle schlicht und einfach unverhältnismässig kostenintensiv. Auch noch speziell zu erwähnen ist, Corina hat es schon gesagt, dass das Projekt von Architektinnen gewonnen wurde, was uns besonders freut. In grosstädtischen Gebieten ist dies schon längst normal. Wir hoffen, dass es auch in diesem kleinstädtischen Olten zur Gewohnheit wird. Alles in allem finden wir, dass das Ganze eine erfreuliche Sache ist und wir stimmen ihr gerne zu.

Raphael Schär: Die Grüne Fraktion steht klar hinter diesem Planungskredit für das neue Schulhaus mit Turnhalle. Eigentlich sollte dieses Schulhaus ja bereits da sein. Der Bedarf ist ja schon lange klar. Das haben wir von meinen Vorrednerinnen bereits gehört. Der Wettbewerb hat ein tolles Projekt ergeben. Es ist für einen zeitgemässen Unterricht ausgelegt, überzeugt architektonisch und nachhaltig und ist modular für zukünftige Entwicklungen aufgebaut. Leider kostet diese Modularität auch. Die Anforderungen an zusätzliche Schulräume in mittelfristiger Zukunft sind richtig. Dass man bereits jetzt baulich dafür vorsorgt, ist mehr als sinnvoll. Was aber die ganzen zusätzlichen Kosten verursacht, ist auch die Modularität bei der Entscheidung bei der Turnhalle. Deshalb ist es für uns eigentlich klar, dass wir dort endlich Nägel mit Köpfen machen und die Dreifachturnhalle bauen sollten. Die Forderungen nach einer Einfach- oder Zweifachturnhalle erinnert mich immer wieder an den Lötschbergbasistunnel. Dort wollte man politisch sparen. Man hat eine Röhre nur zu zwei Dritteln gebaut, für diejenigen, die dies kennen, die Tunnelbohrmaschine zerlegt und herausgenommen. Wenn man jetzt hätte bauen müssen, würde es etwa zehnmal mehr kosten. Deshalb ist es für uns klar, dass wir mit diesen Vorrichtungen in der ersten Etappe der Schulräume und mit dem Bau einer Dreifachturnhalle heute dafür sorgen, dass spätere Generationen keine unnötigen Mehrkosten tragen müssen. Wir sorgen mit der Dreifachturnhalle auch für einen attraktiven Schulsport und attraktive Rahmenbedingungen für die vielen Oltner Sportvereine, die diese Halle nutzen. Wir sorgen auch dafür, dass die Stadthalle weiterhin als Eventhalle genutzt werden kann, ohne in einem permanenten

Konflikt mit dem Schulsport zu stehen. Dieses Projekt scheint auch hinsichtlich der ökologischen Nachhaltigkeit auf dem richtigen Weg zu sein. Die Betrachtung nach SMBS ist umfangreich und sollte von Anfang bis Ende für ein nachhaltiges Projekt sorgen. Ich glaube, dass sich diese Investitionen über die Betriebszeit amortisieren, ist eigentlich allen klar. Das unterstützen wir selbstverständlich. Wir stimmen voll und ganz zu.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Bevor mir noch weitere Wörter aus dem Mund genommen werden, einerseits von Huguette, aber auch von Raphael, mache ich mein Statement jetzt. Sonst kann ich am Schluss gar nichts mehr sagen oder Ihr habt alles schon gehört. An dieser Stelle bleibt uns eigentlich nur zu sagen, dass wir von Olten jetzt! voll und ganz hinter diesem Schulhaus stehen. Für uns „verhebt“ dieses Konzept, und wir sind damit einverstanden, dass den heutigen Anforderungen auch im pädagogischen Sinn gerecht wird. Gefreut haben wir uns über die umfangreichen Dokumente und Unterlagen. Vor allem war es für uns auch wichtig, bei der Tabelle zu sehen, dass es kein Luxusbau ist. Was wir uns hier leisten, ist für unsere zukünftigen Generationen gedacht, für Eure Kinder, für meine Kinder, die dort einmal zur Schule gehen werden. Es ist ein Leuchtturmprojekt, kein Luxusprojekt. Wir freuen uns auf die weitere Planung, wo präzisiert wird. Wir sind auf die detaillierten Pläne gespannt und freuen uns auf die weiteren Umsetzungen.

Deny Sonderegger, FdP-Fraktion: Ich schliesse mich dem Dank der GPK-Sprecherin und der Vorrednerin an. Wir bedanken uns für die umfassende Dokumentation zu diesem Geschäft und diesem Projekt. Ich glaube, die Dokumentation ist wichtig, denn wir beraten heute über eine Genehmigung dieses Verpflichtungskredits für den Neubau Schulanlage Kleinholz, heute Abend über die Finanzierung des Vorprojektes, für ein zwingendes Generationenprojekt. Ein Generationenprojekt, das in der Vergangenheit eher einen steinigen Weg hatte. So sind frühere Bemühungen des Stadtrates für den Start der Planung und der Umsetzung und Realisierung im Parlament zunichtegemacht worden. Ihr habt es vorhin von Iris gehört. Bereits 2013 hat man hier angefangen zu planen, haben aber eher wenig verlässliche Aussagen über die Realisationskosten seitens des Stadtrates dazu geführt, dass dem Neubau dieser Schulanlage ein leicht fader Beigeschmack anhaftet. 2018 hat der Stadtrat versprochen, dass der Neubau zu 10,05 Millionen realisiert werden können soll. Als Vergleich hat Iris Schelbert damals die Kanti in Wohlen genannt, die als bezahlbares, ökologisches, sauberes und schönes Vorbild hätte dienen sollen. Nur acht Monate später tönt es anders. Die Schulanlage Kleinholz soll neu nicht mehr 10,5 Millionen kosten, sondern ganze 19 Millionen. Die Aussage damals, wir waren halt im Sparmodus. Gleichzeitig hat der Stadtrat angekündigt, gerade einen Bau einer Dreifachturnhalle zu 10,2 Millionen realisieren zu wollen. In der heutigen Vorlage befinden wir uns zwischenzeitlich bei 23,18 Millionen für die Schulanlage und 11,37 Millionen für die Dreifachturnhalle. Mehr als eine Verdopplung kann um Gottes Willen nicht mit einer präziseren Budgetierung zusammenhängen. Eine vertrauenswürdige Projektentwicklung und Strategie des Stadtrats sieht mit Verlaub etwas anders aus. Der Stadtrat hat es unserer Ansicht nach versäumt, eine klar und breit abgestützte Willensäusserung zu zeigen, was angesichts der Grösse und Wichtigkeit dieses Geschäfts erstaunt. Eine neue Schulanlage Kleinholz ist, wie bereits erwähnt, ein zwingendes Generationenprojekt, das jetzt unbedingt umgesetzt werden muss. Dies notabene im grössten und wichtigsten Neuzuzügerbereich der Stadt rund ums Kleinholz, die Sportstrasse, das Bornfeld und später auch Olten SüdWest. Ein Projekt, das mit einer klaren Strategie des Stadtrates und unter Berücksichtigung der städtischen Entwicklung unserer Ansicht nach bereits viel früher hätte aufgegleist werden können. Als direkt betroffener Anwohner mit einem dreijährigen Sohn ist es mir zudem persönlich eine Herzensangelegenheit, dass die Planung und Umsetzung des Neubaus jetzt rasch vorangetrieben wird, nicht jedoch, ohne die entsprechende Rüge hinsichtlich der Kostenexplosion gegenüber ursprünglichen Plänen. Aufgrund dessen nimmt die FdP-Fraktion die zuständigen Projektverantwortlichen und somit die Vertreter des Projektsteuerungsausschusses rund um die Herren Kurt Schneider und Thomas Küng in die Pflicht. Wir stellen die klare Forderung, dass sie alles daran setzen werden, im Rahmen des Vorprojektes weitere Kostenoptimierungen und potenzielle Sparmöglichkeiten zu prüfen und wenn möglich auszuschöpfen. Das Ziel muss sein, die Erstellungskosten ohne

Qualitätsverlust im Schulbetrieb weiter zu optimieren und somit Einsparungen tätigen zu können. Gemäss früheren Aussagen der Stadträte sollte dies ja möglich sein. In diesem Sinne wird die FDP-Fraktion dem Verpflichtungskredit über 2,2 Millionen zustimmen. Herzlichen Dank.

Beat Felber, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Allein der Umstand, dass Olten ein zusätzliches Schulhaus braucht, ist hocheureilich, denn was würde besser belegen, dass Olten lebt und sich viele junge Familien zum Bleiben entscheiden. Das Schulhaus ist auch Garten der Zukunft, ein Ort, an dem unsere Kinder die Möglichkeit erhalten, sich ideal auf das Leben, jedenfalls einen wichtigen Teil davon, vorzubereiten. Es ist also ein Projekt, bei dem man die Zukunft direkt beeinflussen kann. Umso wichtiger scheint uns, den Schulhausneubau sorgfältig und langfristig kohärent zu planen. Das vorliegende Geschäft, das wir heute behandeln, sieht genau dies vor. Wir beraten über einen Projektierungskredit, der das heute überzeugend vorliegende Schulhauskonzept zur Baureife führen soll. Mit einem heutigen Ja entscheiden wir uns nicht für oder gegen eine Turnhalle, sondern wir ebnen den Weg für eine Gesamtsicht und zwar eine Gesamtsicht, die sich keinen Optionen verschliesst. Die Fraktion CVP/EVP/GLP unterstützt den vom Stadtrat vorgelegten Beschlussesantrag einstimmig und möchte damit dem Zukunftsprojekt Schulhaus den nötigen Rückenwind verschaffen.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Dieses Geschäft beschäftigt uns schon länger und es ist sicher im Interesse aller hier, dass es im Kleinholz zusätzlicher Schulraum entsteht. Für uns von der SVP ist unbestritten, dass wir ein neues Schulhaus brauchen. Wenn wir aber die Entwicklung anschauen, sind wir schon etwas beunruhigt. Im November 2017 hat der Stadtrat mitgeteilt, dass er ein Schulhaus mit Turnhalle in einem Element-Holzbau-Modus erstellt haben will. Laut dem Finanz- und Investitionsplan hätte er 15 Millionen kosten sollen. „Wir wollen kein architektonisches Denkmal, sondern einen schönen und zweckmässigen Bau, der spätestens 2022 realisiert sein soll“. In der Sitzung vom 25. Januar 2018 wurde aus dem Stadtrat mitgeteilt, dass sie die viel zitierte Kanti Wohlen anschauen konnten. Dieses Schulhaus entspreche allen Anforderungen der Stadt Olten. Sie haben für die Holz-Element-Bauweise 6,5 Millionen bezahlt. Ökologisch, sauber, schön, angenehmen, so der Wortlaut damals. „Wir haben 15 Millionen im Finanz- und Investitionsplan. Wenn wir sie nicht brauchen, sind wir froh“. Man hat eigentlich eher gesagt, es wird wahrscheinlich günstiger. Uns hat man damals für die Kosten zwei Varianten gezeigt, bei denen die billigere von fast allen favorisierten 7,05 Millionen gekostet hat. Das war 2018. 2019 ist man dann mit dem Planungskredit gekommen. 30,6 Millionen. Eine Verdopplung innerhalb von einem Jahr. Dann hat man eine Ausschreibung gemacht. Wir haben ja hier als Parlamentarier 30,6 Millionen bewilligt. Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass man die Kosten bei einer Ausschreibung kommuniziert. Dann hat es einen Sieger oder eben eine Siegerin gegeben. Schau einmal. Das Projekt kostet 42 Millionen. Man sieht zwar im Bericht, dass die anderen prämierten Projekte bis zu 45 Millionen gekostet hätten. Aber vielleicht haben diejenigen Projekte nur gewonnen, weil sie bei der Planung das Budget nicht eingehalten haben. Vielleicht hatten deshalb auch Büros aus unserer Umgebung keine Chance. Jetzt versucht der Stadtrat, uns dieses Projekt als grosse Sparübung zu verkaufen. Aber sein Vorschlag ist immer noch 5 Millionen Franken höher, als das, was wir vom Parlament bewilligt haben. Man spürt, dass die Betroffenen, die dies geplant haben, man hat dies auch vorhin gemerkt, sicher davon überzeugt sind und dies auch mit Herzblut vorangetrieben haben. Dieser Antrag ist jetzt zwei Jahre später fertig und kostet fast 150 % mehr als ursprünglich geplant. Wenn ich diese Kostenentwicklung extrapoliere, werden wir hier bis 2024 bei Kosten von über 60 Millionen sein. Das geht so nicht. Wir stimmen diesem Projektierungskredit zu, erwarten aber eine Einhaltung der ursprünglichen 30,6 Millionen und werden nicht mitmachen, wenn das Geld der Stadt weiter so ausgegeben wird und die Planungsexperten und Berater der ganzen Schweiz an unserer unbebauten Schule eine goldige Nase verdienen. Das sollte eine Schule für Olten werden. Wenn die finanzielle Entwicklung so weitergeht, behalten wir uns vor, diese Schule am Schluss über eine Volksabstimmung abzulehnen.

Heinz Eng: Es geht nicht um das Materielle. Es geht auch nicht um das Persönliche. Ich habe eine Formalität. Ich fand es sehr unsensibel, als Huguette vorhin als Lehrperson der Stadt Olten gesprochen hat, unsensibel auch von der Partei, dazu Stellung zu nehmen, einerseits sich hier offen und frei äussern zu können, entsprechend auch an der Abstimmung teilnehmen zu können, und ich, als es vor ein paar Monaten um das Cultibo ging, schon bei der Diskussion vor die Türe gehen musste und effektiv auch nicht abstimmen konnte. Es geht um die Befangenheit, und ich möchte hier noch einmal mit Nachdruck endlich einmal das Büro bitten, dass Ihr klare Regelungen aufstellt. Wenn dies nicht möglich ist, lasst es einfach frei und jeder soll reden, auf welcher Lohnliste er ist, in welchen Lebensräumen er lebt, in welchen Räumen er hausiert. Nachher ist es auch klar. Aber hier ist für mich absolut keine Linie drin, wer bei solchen Projekten befangen ist und wer nicht.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Wir schauen dies jeweils sehr genau an. In diesem Fall sehe ich kein Problem.

Dr. Christine von Arx: Nur kurz als Reaktion darauf: Befangen ist man, wenn man durch ein Geschäft mehr betroffen ist als quasi die Allgemeinheit. Huguette unterrichtet nicht im Hübelischulhaus. Huguette unterrichtet überhaupt nicht an der Primarschule. Es wird nicht ihr Schulhaus. Sie ist deshalb nicht mehr betroffen als wir alle hier auch.

Matthias Borner: Ich bin gar nicht einverstanden. Eine Schule ist im öffentlichen Interesse. Deshalb entfallen jegliche Ausstandspflichten.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich möchte einfach noch kurz replizieren, Matthias Borner. Niemand hat sich eine goldene Nase verdient. Wer ein goldenes Dach macht, wird ja dann auch zurückgestutzt, wie Du weisst. Es braucht einfach seine Zeit. Ich gehe davon aus, dass wir in der momentanen konjunkturellen Lage bei der Submission auch Erfolg haben werden. Wir sind natürlich immer noch in einer Kostengenauigkeit, die nicht 0 5 ist. Wir sind ungefähr bei der Grössenordnung von 30 %. Das wird ja dann durch die nächsten Phasen konkretisiert, Vorprojekte, Bauprojekte und Bewilligung. Das Ganze muss ja dann auch noch den baupolizeilichen Prozess durchlaufen. Ich gehe davon aus, dass wir mit der konjunkturellen Lage, die wir haben, bei den Submissionen durchaus Erfolg haben könnten. Diese Firmen sind interessiert zu realisieren. Auch in zwei, drei Jahren wird es noch Kapazitäten, vielleicht auch Überkapazitäten in dieser Industrie haben. Ich gehe davon aus, dass wir bei den Submissionen Erfolg erzielen werden. Wir sind auch in der Projektierung und dem Architekturwettbewerb sehr sorgfältig mit diesen Geldern umgegangen und waren dort wirklich auf einen sorgfältigen Umgang mit den Mitteln bedacht. Natürlich haben sich diese Zahlen verändert. Das ist so. Die Planerinnen versuchen natürlich, wenn sie ans Werk gehen, des künftigen Mieters zu optimieren. Sie schauen auch, dass es im Quartier eingebettet ist, dass die städtebauliche Bedeutung auch respektiert wird. Planerinnen und Architektinnen sind grundsätzlich auch nicht Kostenplanerinnen. Das ist auch wieder eine andere Arbeitsgattung. Aber es war uns wichtig, im Steuerungsausschuss und auch im Stadtrat, dass man nach diesem Ergebnis eine Phase eingeleitet hat, in der man das Projekt inhaltlich überarbeitet hat. Da hat es noch einige Anpassungen gegeben. Wir haben auch die Flächen reduziert und konnten so auch eine Reduktion der Kosten erreichen. Wir werden sicher im weiteren Projektverlauf der Finger draufhalten und profitieren im Moment auch von der Baukonjunktur, die eigentlich den Bach hinuntergeht. Das muss man sagen.

Dr. Rudolf Moor: Ich habe einfach noch eine Frage. Es scheint mir, dass sie geklärt werden muss. Wir stimmen jetzt über das Schulhaus und eine Dreifachturnhalle ab. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass im Laufe der Projektierung wieder die Frage gestellt wird, ob eine Dreifachturnhalle wirklich verhältnismässig ist oder ob nicht eine Zweifachturnhalle auch genügt. Mich würde interessieren, wie man mit dem Risiko, dass diese Frage wieder kommen könnte, umgeht. Das ist für mich in der Vorlage irgendwie zu wenig klar herausgekommen. Wir haben die Option Zweifachturnhalle eigentlich nicht in der Vorlage. Aber wie sieht man hier den Vorgehensweg, dass man mit dieser Frage nicht ein Projektrisiko schafft?

Stadtrat Thomas Marbet: Wichtig ist ja, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei der Realisierung in rund einem Jahr differenziert werden ausdrücken können. Dem Stadtrat schwebt vor, das ist noch nicht entschieden, das werden wir in unserem Gremium noch bestimmen müssen, dass man eine Variantenabstimmung zulässt, dass man sagt, ob man die Realisierung einer Schulanlage, bestehend aus einem Schulhaus und einer Dreifachturnhalle will, oder ob man die Realisierung einer Schulanlage, bestehend aus einem Schulhaus, will. Somit ist sichergestellt, dass man sich differenziert ausdrücken kann und seinen Präferenzen auch Ausdruck geben kann. Man kann damit auch verhindern, und das möchten wir eigentlich alle nicht, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus Zufall sagen könnten, wir wollen nur eine Dreifachturnhalle. Das würde keinen Sinn machen. Die Entscheidung, die wir oder Ihr dem Souverän vorlegen werdet, müsste dann eine Schulanlage plus Dreifachturnhalle, Variante 1, oder Variante 2, eine Schulanlage, nur aus dem Schulhaus bestehend, sein. Jetzt gehen wir mit einer Dreifachturnhalle in die Planung. Das war auch die Bestellung, und das werden wir in den nächsten 15 Monaten auch so in die Planung geben.

Ernst Eggmann: Wir haben es heute in den Zeitungen gelesen. Deshalb möchte ich dies einfach gerne anbringen, weil es offensichtlich auch ein Bedürfnis der Bevölkerung im Kleinholz ist. Es geht um die grosse Linde. Ich möchte dies heute vorbringen, weil es ja um Planungen geht. Wenn man dies nicht frühzeitig plant, kann es passieren, dass die Linde, die wirklich riesig ist, gefällt wird. Deshalb möchte ich gerne einen Antrag stellen, dass man in die Bedingungen der Vorplanung aufnehmen würde, dass die Linde bestehen bleiben müsste.

Stadtrat Thomas Marbet: Ernst, ich kann Dir bestätigen, dass die Linde bestehen bleibt. Das ist so vorgesehen, auch im Siegerinnenprojekt von Neff/Neumann, Architekten AG. Die Linde bleibt bestehen. Wir sind aber jetzt noch nicht im Bauprojekt. Wir sind jetzt eigentlich am Ende des Architekturwettbewerbs und gehen jetzt in die SIA-Phase 31, Vorprojekt, nachher Bauprojekt und Bewilligung. Aber ich gebe Dir das Wort. Die Linde bleibt bestehen. Sie muss dann in vier Jahren auch noch gesund sein. Aber sie bleibt bestehen. Rechtlich müsste der Rechtskonsulent Auskunft geben. Ich glaube, es ist nicht möglich, dass man jetzt in einen Beschlussesantrag einen Einzelschutz eines Baums formuliert.

Ernst Eggmann: Ich ziehe den Antrag zurück und gebe alles auf Dein Wort.

Philippe Ruf: Ich habe mich schon gefragt, ob sich die Recherchen des Oltner Tagblatts mittlerweile darauf stützen, dass man in der Oltner Gruppe liest, was dort geschrieben wird. Ich glaube, wir sind uns einig, dass diese Flughöhe in dieser Gruppe auch nicht immer ganz die höchste ist. Aber immer öfter wird vom OT etwas aufgegriffen, das anscheinend nachher den Weg bis ins Parlament findet. Wir haben aber ein viel grösseres Geschäft, über das wir hier reden. Wir reden über ein sehr teures Schulhaus mit einer allfälligen Turnhalle. Ich möchte den Stadtrat dazu motivieren, dass man effektiv eine solche Variantenabstimmung macht. Ich greife der Interpellation von Urs und mir nicht vor. Wir haben auch nie gesagt, dass wir keine Dreifachturnhalle wollen, sondern wir haben Fragen dazu gestellt, ob sie effektiv notwendig ist. Ich denke, es ist wichtig, dass man sich, wenn diese Abstimmung vor das Volk kommt, überlegt, können und wollen wir uns dies leisten oder nicht? Wir haben in der Beantwortung der Interpellation gesehen, dass es nicht zwingend notwendig ist. Aber es kann durchaus Sinn machen. Dort muss man diese Entscheidung treffen können. Ich finde, auch der Souverän muss diese Entscheidung selber treffen können. An dieser Stelle möchte ich noch einmal beliebt machen, dass wir nicht immer nur an der Budgetdebatte über das Geld reden und uns dann überlegen, was wir herausstreichen müssen, damit wir uns dies irgendwie leisten können. Es sind genau solche Geschäfte, bei denen wir jetzt vorsichtig sein müssen und bei denen der Bau und die Bildung nicht nur an sich denken können, sondern ganzheitlich denken müssen. Ich hatte heute Nachmittag das Vergnügen, mit einem überlegten und mitdenkenden Direktionsleiter telefonieren zu dürfen. Er hat mir ans Herz gelegt, wie wichtig es ist, dass man ganzheitlich denkt und auch verflochten mitdenkt. Das Schulhaus und die Dreifachturnhalle sind ein Riesenprojekt, das wir hier in Olten zu

stemmen haben. Wir müssen uns wirklich gut überlegen, welche Teile wir uns leisten wollen und können. Es gibt nicht nur ein Schulhaus und eine Dreifachturnhalle, das wir bauen müssen. Es gibt noch sehr viele andere Investitionen, die Olten vor sich hat und die wir unbedingt auch vorwärts treiben müssen.

Eugen Kiener: Ich habe schon erwartet, dass die Vertreter der Freisinnigen und der SVP heute mit einer Fehleinschätzung der Kosten des Schulhauses vortreten werden. Ich war damals auch etwas enttäuscht, dass so etwas passiert. Aber ich habe mir nach dem zweiten und dritten Mal des Überlegens gedacht, eigentlich ist es auch ein wenig an uns im Parlament, sonst sind wir ja auch immer sehr kritisch, so etwas zu merken. Wir haben ja praktisch in jeder Fraktion Baufachleute. In den letzten Jahren haben wir oft vom Sparen usw. geredet. Das finde ich einfach falsch. Wir wollen nicht ein trauriges, tristes Zweckgebäude im Kleinholz, sondern eine gefreute Sache, die man anschauen und zeigen darf. Eine solche Sparhysterie führt einfach immer wieder zu Sachen, die zuletzt dann doch nicht so gut sind. Jetzt werden im Kleinholz oben schon wieder Unterschriften gesammelt, dass man wegen des Zementwerk-Schulhauses den Kindergarten ins Hübeli nimmt und die Kinder dort oben einen so weiten Schulweg haben. Ich finde, solche Sachen sind wirklich eine Folge der Sprachhysterie, vor der ich warne.

Philippe Ruf: Ich finde gut, was Du auch ansprichst, dass das Projekt effektiv auch seine Opfer findet. Ich habe vor, betreffend Kindergärten im Kleinholzquartier noch eine Motion einzureichen. Ich finde, es ist wichtig, dass man dort auch Sorge trägt und überall abwägt, was es kostet und was wir wollen, genau gleich wie bei einer Dreifachturnhalle. Können und wollen wir uns dies leisten? Nicht gegessen ist aber, dass wir diese Situation haben, weil wir viel zu spät mit diesem Schulhaus kommen. Deshalb brauchen wir Übergangslösungen und nicht wegen irgendwelcher Bemühungen, die man getragen hat, damit man sorgfältig mit den Stadtfinanzen umgehen kann.

Michael Neuenschwander: Ich würde doch gerne einen Pflock einschlagen, um eine richtige Investition zu machen, wenn man schon ein neues Schulhaus baut. Ich wohne im Bifang, direkt über dem Bifangschulhaus, am Krummackerweg. Wunderbare Sicht über die Bifangwiese, die es dort zum Glück hat, in einer Grosszügigkeit, die es im Kleinholz dann übrigens nicht haben wird. Von wegen Sport treiben aussen, sage ich dies auch einmal. Das Haus, in dem ich wohne, ist auch schon über 100-jährig. Aber die ganze Reihe und alles, was darüber ist, stand noch nicht, als das Bifangschulhaus gebaut und in Betrieb genommen wurde. Wie Ihr wisst, ist das Bifangschulhaus sehr solide gebaut, ist seit rund 120 Jahren in Betrieb. Man kann es jederzeit wieder renovieren, wenn es nötig ist. Es hat seinerzeit eine kleine Turnhalle dazu gegeben. Sie hat dann auch bald einmal nicht mehr gereicht. Man hat dann eine zweite gebaut. Es ist im Zusammenhang nicht gerade ein architektonisches Wunderwerk, aber ist halt nötig. Warum sage ich dies? Wenn wir jetzt die Investition im Kleinholz anschauen, Philippe, geht es darum, Bewohnerinnen und Bewohner der Häuser zu bedienen, die schon lange dort sind. Da geht es nicht darum, dass man jetzt ein Schulhaus hinbaut, und dann rechnen wir einmal innerhalb von ein paar Generationen mit einer Entwicklung, die dieses Schulhaus füllt, sondern das wird, wie wir alle wissen, von der Entwicklung her vom ersten Tag an gut genutzt. Wenn es einmal voll sein wird, wird es die drei Turnhallen dazu halt brauchen, gerade auch, weil rundum nicht direkt beim Schulhaus auch noch eine Wiese ist wie im Bifang, die man dafür benutzen kann. Von daher seien wir wirklich nicht kleinlich. Ich möchte den Pflock in dem Sinne einschlagen, dass man ein ganz klares Bekenntnis macht für ein Schulhaus in der Art, wie es projiziert ist, mit dieser Dreifachturnhalle, bei der wir eigentlich alle wissen, dass es sie eigentlich braucht. Es geht, wie wir auch alle wissen, in diesen Voten, in denen man die Notwendigkeit dieser Turnhalle in Frage stellt, wie immer nur darum, Kosten zu senken und nicht in die Zukunft zu schauen und zu investieren.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Kredit von Fr. 2'220'000.- (inkl. MwSt.) zur Projektierung des Schulhauses Kleinholz mit einer Dreifachturnhalle wird zu Gunsten Konto Nr. 2170.5040.003 (Fr.1'480'000.-) und Konto Nr. 2170.5040.009 (Fr. 740'000.-) bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Die Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an
Direktion Bau
Direktion Bildung und Sport
Direktion Finanzen und Dienste
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Mai 2020

Prot.-Nr. 46

Pilotprojekt SIP/Nachtragskredit

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Der Stadtrat entschied an seiner Sitzung vom 11.03.2019, die Direktion Soziales zu beauftragen, einen Bericht und Antrag an das Gemeindeparlament für eine dreijährige Pilotphase eines Projektes SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzubereiten. Grundlage für diesen Entscheid war der Bericht „Situationsanalyse öffentlicher Raum Olten“ vom Februar 2019. Dieser enthält u. a. die Beschreibung eines Modells für Olten (Ziff. 20.2 Modell für Olten). Darin ist die **Ausgestaltung eines sozialräumlichen Projekts SIP** wie folgt beschrieben:

«Umgehende Erhöhung der Sozialen Kontrolle im öffentlichen Raum durch den Einsatz eines geeigneten Gefässes. Der Einsatz des Projekts SIP ist für die Stadt Olten prüfenswert und kann als Bindeglied zwischen repressiven und präventiven Massnahmen dienen. Die unterschiedlichen Anspruchsgruppen erhalten im öffentlichen Raum Ansprechpersonen und die Anonymität wird reduziert. Alternativ können Leistungen der offenen Jugendarbeit oder der Suchthilfe Ost für die Präsenz im öffentlichen Raum ausgebaut und installiert werden.

Um ein erfolgreiches, sozialräumliches Projekt «SIP» in der Stadt Olten nachhaltig installieren zu können bedarf es einer Trägerschaft. Diese kann, neu aufgebaut, bei der städtischen Abteilung «Sicherheit» angegliedert werden oder aber über Leistungsvereinbarungen bei einem Anbieter eingekauft werden. Hierzu kann geprüft werden, welche städtischen Akteure sich für den Aufbau eignen oder aber, ein externer Partner angefragt werden. Für die Stadt Olten wäre eine saisonale Ausrichtung des Projekts empfehlenswert mit (mehr oder weniger) täglichen «Patrouillen» in den erkannten, innerstädtischen Fokusgebieten tagsüber und einem Besuch der definierten Hotspots nachts bzw. frühmorgens, während der Sommermonate. Im Herbst/Winterquartal könnte die Intensität etwas reduziert erfolgen, die nächtlichen Patrouillen sind beizubehalten um die Soziale Kontrolle zu gewährleisten.

Aufgrund der heutigen Situation sollte das Personal interkulturell zusammengesetzt werden um die Akzeptanz im öffentlichen Raum zu erhöhen.

Thematisch sollte mit dem Projekt die Anonymität im öffentlichen Raum aufgehoben und eine Kommunikation eingerichtet werden. Daneben sind ordnungsdienstliche und sozialpolitische Aufträge zu definieren. Insbesondere bei auftretenden Störungen im öffentlichen Raum wie Ruhestörung, Littering, unangebrachtem Verhalten, öffentlichem

Urinieren oder einfachen Verstössen gegen das Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben können die Mitarbeitenden des Projekts vermittelnd einschreiten und sofern sie nicht selber weiterkommen, die KAPO beiziehen.

Für AnwohnerInnen von stark frequentierten Plätzen und definierten Fokusräumen dienen die Mitarbeitenden als Ansprechpersonen. Anliegen werden entgegengenommen und bei Bedarf gemeinsam mit der zuständigen Person «Sicherheit» priorisiert.

Für die städtischen und kantonalen Organe wie Werkhof, Sozialdienste und KAPO dient das Projekt als Bindeglied zum öffentlichen Raum. Beschädigungen an öffentlichen Bauten, übermässiges Littering oder sicherheitsrelevante Beobachtungen werden zeitnah den zuständigen Stellen gemeldet. Eine aktive Zusammenarbeit mit der KAPO sorgt für einen sicherheitsrelevanten Nutzen der präventiven Präsenz. Strafrechtlich relevantes Verhalten, unbekannte Personen oder beobachtete Vorkommnisse werden direkt gemeldet.

Im Projekt sind jeweils zwei ausgebildete und speziell für die Anforderungen des Projekts geschulte Personen gemeinsam unterwegs. Es sollten für die Stadt Olten jeweils Schichten zu vier Stunden eingeplant werden um die verschiedenen Fokusräume bedienen zu können und mit den Nutzern und Nutzerinnen ins Gespräch zu kommen. Die Nachtschichten sind, insbesondere im Sommer länger zu planen. Für das Projekt wird eine Pilotphase von drei Jahren empfohlen um die Ergebnisse auf ihren Nutzen hin überprüfen zu können. Es ist von jährlichen Kosten von rund CHF 150'000 bis CHF 200'000 (je nach Patrouillenintensität und Anzahl definierter Fokusräume) auszugehen.»

Die Direktion Soziales legte einen entsprechenden Bericht vor. Der Stadtrat stimmte dem Antrag in eigener Kompetenz zu und budgetierte Kosten von insgesamt CHF 450'000, verteilt auf drei Jahre in Tranchen von CHF 150'000. Das Gemeindeparlament lehnte die Aufnahme in das Budget ab (Sitzung vom 21.11.2019). Das Projekt wurde inhaltlich und formell (keine separate Vorlage) in Frage gestellt. Insbesondere das vorgelegte Pflichtenheft gab zu Diskussionen Anlass. Das Gemeindeparlament wünschte eine politische Diskussion vor einer Beschlussfassung und somit eine separate Vorlage.

In der Zwischenzeit hat Gewerbe Olten in einem Schreiben an den Stadtrat die Unannehmlichkeiten durch die „Randständigen“, die das Gewerbe in Olten störten, beanstandet und der Erwartung Ausdruck verliehen, dass die Stadt Olten die Szene aktiv angehe und eine Lösung finde (vgl. Beilage).

2. Überarbeitung des Pflichtenheftes

Die Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum erarbeitete Vorschläge für ein Pflichtenheft. Die Rückmeldungen der Fachpersonen (Kantonspolizei, Suchthilfe, Tiefbau, Sozialamt) sind im Arbeitspapier Pflichtenheft transparent dargestellt (vgl. Beilage).

Die Direktion Soziales erarbeitete gestützt auf Rückmeldungen aus der Arbeitsgruppe, Rückmeldungen der Querschnittsdienstleister (Rechtskonsulent, Stadtschreiber, Finanzverwalter) und unter Berücksichtigung der Voten aus dem Gemeindeparlament (Sitzung vom 21.11.2019) ein auch in der Form geändertes Pflichtenheft als Vorlage für die politische Diskussion (vgl. Beilage).

3. Antrag

Für eine dreijährige Pilotphase SIP wird ein Kredit (Kostendach) von CHF 450'000 beantragt. Das erste Jahr soll dem Aufbau der Dienstleistung und der Sammlung von Erfahrungen dienen, das zweite Jahr die eigentliche Pilotphase des Betriebes darstellen und das dritte

Jahr schwerpunktmässig der Evaluation und der Entscheidungsfindung über Einstellung oder definitive Weiterführung der Leistung dienen.

4. Umsetzung

Sofern das Gemeindeparlament den Kredit bewilligt, erfolgen noch im laufenden Jahr eine öffentliche Ausschreibung, die Öffnung der Angebote (Protokoll), die Bewertung der Angebote, der Zuschlag durch den Stadtrat, der Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem ausgewählten Anbieter und erste Schritte zur Aufnahme des Betriebes. Das erste Jahr der Pilotphase dient dem Aufbau der Leistungserbringung und der Sammlung von Erfahrungen. Das zweite Jahr ist die eigentliche Betriebsphase, die danach im 3. Jahr evaluiert wird. Im 3. Jahr wird dem Gemeindeparlament erneut ein Bericht und Antrag mit den Ergebnissen der Evaluation zugestellt. Das Gemeindeparlament wird danach über die Fortsetzung oder Einstellung des Angebotes beschliessen.

5. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Die Projektkosten werden mit einem Kostendach von CHF 450'000 (3 Jahre à CHF 150'000) veranschlagt.

Beschlussesantrag:

1. Zur Realisierung des Pilotprojektes SIP wird ein Nachtragskredit von CHF 450'000 zu Gunsten von Konto 5790.3634.00 bewilligt. Die Kosten werden verteilt auf drei Jahre mit CHF 150'000 im jeweiligen Jahresbudget eingestellt;
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Tobias Oetiker: Wir haben dieses Geschäft in der GPK ausführlich diskutiert. Zuerst hat es eine ausführliche Darstellung des Ganzen gegeben. Wir hatten verschiedene Fragen, die wir geklärt haben. Unter anderem wurde gefragt, wie es mit dem Sammeln von Erfahrungen ist. Sammeln sie jetzt ein Jahr lang Erfahrungen? Nein, das ist nicht so. Sie arbeiten vom ersten Tag an. Bei der Formulierung des Sammelns von Erfahrungen geht es primär darum, dass man nicht schon ab dem ersten Tag weiss, wie die SIP in Olten funktioniert, sondern sie müssen es zuerst herausfinden. Wie funktioniert es am besten? In diesem ersten Jahr sollte das Verhalten der SIP sozusagen optimiert werden, so dass sie dann im zweiten Jahr in eine Art regulären Betrieb übergehen können. Die Meinungen innerhalb der GPK waren nicht einheitlich. Es gab Leute, die dies toll fanden. Es gab Leute, die dies nicht so toll fanden. Von denjenigen, die es nicht so toll fanden, war ein Einwand, dass die SIP ja nicht etwas machen kann, das die Polizei macht. Sie haben keine Polizeigewalt. Es sind normale Einwohner, Bürger von Olten, einfach mit übersteigerter Zivilcourage. Wenn sie nicht als Polizei unterwegs sind, fanden diejenigen, die dagegen sind, die Gefahr sei, dass sie dann nach nicht so klaren Regeln handeln und vielleicht mehr danach, wie jemand aussieht. Diejenigen, die dagegen sind, finden, es gebe die Polizei, es gebe das Gesetz. Entweder ist es innerhalb

des Gesetzes. Dann ist es okay. Wenn es ausserhalb ist, muss die Polizei kommen. Es braucht keine SIP. Die Mehrheit findet jedoch, es braucht eine SIP. Die GPK hat mit 6 Ja gegen 2 Nein bei 1 Enthaltung gesagt, das sei eine gute Sache. Wir möchten diesem Kredit zustimmen. Sie empfiehlt Euch, dies auch zu tun.

Stadträtin Marion Rauber: Zuerst einmal: Weshalb kommen wir heute mit einem Nachtragskredit ins Parlament? Das hat zwei Beweggründe. Erstens hat der Stadtrat Handlungsbedarf. Ihr wisst selber, die öffentlichen Räume sind momentan recht stark strapaziert. Dadurch entsteht auch ein vermehrtes Konfliktpotenzial. Wir haben Euch den Brief des Oltner Gewerbes noch beigelegt. Das haben wir einfach als Beispiel beigelegt. Wir hätten Euch gerade so gut noch Mail-Auszüge ausdrucken oder Telefonnotizen abgeben können. Das Gewerbe ist einfach einer der grossen Player, der sich auch oft im öffentlichen Raum aufhält und gewisse Anliegen an uns gestellt hat. Deshalb haben wir auch diesen Brief beigelegt. Der zweite Grund für diesen Nachtragskredit ist, dass das Parlament ganz klar gewünscht hat, dass es bei diesem Geschäft mitreden darf. Das könnt Ihr jetzt heute tun. Wir legen Euch auch wie gewünscht ein verbindliches Pflichtenheft vor. Wichtig ist mir noch zu erwähnen, dass wir versucht haben, in die aktuelle Vorlage die Rückmeldungen aus dem Parlament, aus der Bevölkerung und von den Fachgruppen einfließen zu lassen und einen Vorschlag zu unterbreiten, der möglichst vielen, natürlich nicht allen Anliegen Rechnung trägt und hinter der wir als federführende Direktion Soziales stehen können. Die Inputs der Arbeitsgruppe haben wir Euch transparent dargestellt und beigelegt. Das ist das Papier mit den farbigen Anmerkungen. Die Inputs des Parlaments könnt Ihr im Protokoll nachlesen bzw. sind ja die meisten von Euch dabei gewesen. Dies noch zu unseren Beilagen. Das Thema war schon mehrmals traktandiert. Deshalb möchte ich jetzt nicht viele Worte über den Inhalt verlieren, aber gleichwohl noch ein paar Bemerkungen dazu machen. Das vorliegende Pilotprojekt SIP ist für mich ein Bekenntnis des Stadtrates, wie wir uns die Kooperation untereinander in unserer Stadt vorstellen. Es gibt in unserem Zusammenleben nicht nur richtig und falsch, nicht nur gut und böse. Im Graubereich zwischen einer Gesetzesübertretung und dem Ausloten von gewissen Grenzen ist es manchmal einfach nicht verhältnismässig und vor allem nicht nachhaltig, immer gleich die Polizei ausrücken zu lassen. Es sollte auch möglich sein, niederschwellig zu intervenieren. Polizeieinsätze sollen vor allem bei einer Selbst- und Fremdgefährdung und bei gröberen Vergehen zum Einsatz kommen. Ich habe Euch hier auch noch zwei Beispiele aus dem Alltag mitgebracht, die an uns gelangt sind. Wir haben zum Beispiel eine Frau, die sich regelmässig in der Schalterhalle der Hauptpost aufhält, dort schläft, offensichtlich unter Drogeneinfluss und sehr verwahrlost. Die Leute, die ihr Postfach leeren, müssen immer über diese Frau steigen, um an ihre Postfächer zu kommen. Sie hinterlässt auch ziemlich viel Unrat. Sie macht eigentlich nichts Verbotenes. Hier ist es einfach nicht verhältnismässig, die Polizei zu schicken, die sie immer wieder wegweist, und am nächsten Tag ist sie wieder drinnen. Diese Frau braucht offensichtlich Hilfe. Also muss man dort nachschauen, was im Argen liegt. Das zweite Beispiel ist, dass wir eine Personengruppe haben, die sich mit Hunden vor dem Hammercenter aufhält. Sie halten sich dort vorbildlich und gesetzeskonform auf, ihre Hunde angeleint. Aber sie sind im Windfang des Hammercenters, und es gibt einen Hund unter diesen vielen Hunden, der 24 Stunden lang bellt. Jetzt fühlen sich halt die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Hauses logischerweise durch das Hundegebell gestört, weil sie sich bei ihrer Arbeit nicht mehr konzentrieren oder nicht mehr schlafen können. Dieses Anliegen ist eigentlich ein berechtigtes Anliegen. Aber die Polizei hat keine Handhabe, dort etwas zu tun. Der Hund ist angeleint, und die Leute dürfen sich dort aufhalten, also wäre ein Gespräch doch eigentlich eine Möglichkeit, um die Situation vielleicht etwas zu verbessern. Dies nur zwei praktische Beispiele. Es ist uns wichtig, dass ein friedliches und auch entspanntes Zusammenleben aller Teile der Bevölkerung möglich ist, gleichwohl aber auch gewisse gesellschaftliche Anstandsregeln, die halt oft auch durch subjektive Empfindungen von uns Menschen definiert werden, eingehalten sind. Die schönen Plätze in Olten sollen von allen gleichermassen genutzt werden können. Wenn sich aber Einwohner und Einwohnerinnen belästigt und gestört fühlen, aus diesem Grund die Innenstadt oder andere Orte meiden oder gar nicht mehr nach Olten einkaufen kommen, ist dies nicht, was wir wollen und wir als Stadtrat haben hier in Gottes Namen auch eine gewisse Verpflichtung und einen

Handlungsbedarf. Der Stadtrat setzt aber jetzt mit dieser SIP-Vorlage ganz klar auf die Karte Dialog, Beziehungsarbeit und Interaktion und distanziert sich auch von repressiven Massnahmen, Wegweisungen und Rayonverboten, wie dies andere Städte handhaben. Alle in Olten lebenden Menschen sind für uns ein Teil des Ganzen und repräsentieren auch die Vielfalt und Buntheit unserer Kleinstadt. Es zeigt sich vielerorts, dass sich gerade Menschen am Rande unserer Gesellschaft wertgeschätzt und gestützt fühlen, wenn mit ihnen der direkte Dialog gesucht wird. Manchmal macht es auch Sinn, dass Unterstützung, Beratung und Hilfe direkt vor Ort erfolgen kann. Als Beispiel: Während des Lockdowns hat die Suchthilfe Olten Ost einen dreiwöchigen Versuch mit einer aufsuchenden Arbeit bei ihren Klienten und Klientinnen direkt vor Ort gemacht, weil ja die Stadtküche geschlossen sein musste. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass sehr gute konstruktive Gespräche stattfinden konnten, natürlich aktuell auch bezüglich der Einhaltung der Zwei-Meter-Distanz-Regelung und auch für andere Sachen. Die Suchthilfe konnte nach diesen drei Wochen ein sehr positives Fazit ziehen. SIP, Sicherheit, Intervention, Prävention in Olten. Ob es funktioniert oder nicht, das wissen wir auch nicht. Es ist ein Versuch, ein Pilotprojekt. Wie es das Wort schon sagt, kann der Pilot nach dem Flug sicher landen und darf dann wieder starten oder er stürzt aber, und dann suchen wir uns halt ein anderes Verkehrsmittel oder gehen zu Fuss. Aber wir denken, es ist ein Versuch wert, und wir würden uns über die Zustimmung des Parlaments sehr freuen. Merci.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Inzwischen darf ich Franco Giori, Leiter Abteilung Ordnung und Sicherheit. Er ist für die Sekundierung des Stadtrates hier, wenn es um Fachfragen geht.

Beat Bachmann, CVP/EVP/GLP: Als Fraktion haben wir uns schon im November bei der Budget-Sitzung positiv zu diesem Projekt SIP geäußert. Wir sind der Meinung, dass wir diesem Pilotprojekt eine Chance geben müssen, um die Sicherheit für die Anwohner, die Situation für die Anwohner und das Gewerbe in der Innenstadt zu verbessern. Wir sind überzeugt, dass diese Form als aufsuchende Sozialarbeit zwischen repressiv und präventiv etwas bewirken kann. Wir sind nicht der Meinung, dass man hier Menschen in ihrer Freiheit einschränkt, sondern dass man versucht, im Dialog mit den Betroffenen ein gutes Miteinander, ein gutes Zusammenleben in der Stadt erreichen zu können. Auch wenn im Antrag geschrieben wird, dass das erste Projektjahr «dem Aufbau der Dienstleistung und der Sammlung von Erfahrungen dienen», erwarten wir auch, dass die SIP von Anfang an voll funktionsfähig eingesetzt werden kann. Als CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstützen wir den Antrag des Stadtrates und sprechen uns für das Projekt und den Nachtragskredit aus.

Ursula Rüegg, SVP-Fraktion: An der Sitzung vom 21. November 2019 ist verlangt worden, dass die politische Diskussion vor einer Beschlussfassung stattfinden kann. Diese Möglichkeit haben wir jetzt. Dafür möchten wir uns bedanken. Wir haben das Projekt in der Fraktion diskutiert und waren uns bezüglich des Kosten-/Nutzen-Verhältnisses nicht einig. Das überarbeitete Pflichtenheft gefällt uns. Es bezieht die Polizei mehr mit ein. Das scheint uns wichtig, weil längst nicht alle Verhaltensauffälligkeiten mit mobiler Sozialarbeit angegangen werden können, genauso, wie es nicht möglich ist, Hotspots aufzulösen, indem die Leute einfach nur vertrieben werden. Wir erhoffen uns von der SIP eine positive Beeinflussung gewisser Szenen. Etwas lang erschien uns auch die Vorbereitungs- und Evaluierungsphase von je einem Jahr. Aber das hat uns Tobias vorhin schon beantwortet. Wir würden beliebt machen, bei einer Zustimmung zum Geschäft, dass mit dem Hotspot in der Innenstadt gestartet werden könnte, damit auch der Meldung des Gewerbes über die Szene der Randständigen auf der Kirchgasse Rechnung getragen werden kann. Ich persönlich habe noch etwas gefunden, das mich schmunzeln liess und zwar in der Skizze des Pflichtenhefts der Arbeitsgruppe. Unter 2. Mobiler Ordnungsdienst, 3. Die Intervention bei öffentlichem Urinieren sollte mir dann noch jemand erklären. Scherz. Ich fände es einfach besser, wenn dort zum Beispiel stehen würde «Beim Verrichten der Notdurft ausserhalb sanitärer Einrichtungen» und so weiter und so fort. Dafür würde ich beim gleichen Punkt ergänzen «Meldung und Intervention». Das war noch etwas von mir. Unsere Fraktion muss gar nicht abstimmen. Zwei sind dagegen und zwei dafür.

Heinz Eng, FDP-Fraktion: SIP, Nachtragskredit, hat immer einen etwas negativen Touch, wenn man dies im Wortlaut so analysiert. Wir können uns auch an die Diskussionen, die wir hier im Parlament hatten, erinnern. Unsere Fraktion hat anlässlich der Sitzung eine Auslegeordnung gemacht und wollte folgende Punkte pro und contra etwas herauschälen: Erstens einmal ist ein Handlungsbedarf gegeben. Das ist offensichtlich. Er ist gegeben. Die Belästigungen dieses Personenkreises findet statt. In diesem Sinne ist das Begehren eigentlich auch hier berechtigt. Wir haben uns dann aber auch die Frage gestellt, ob es Alternativen zu dieser SIP gibt, zum Beispiel ein Alkoholverbot. Die meisten haben ja eine Bierdose in der Hand. Eine Wegweisung usw. Das ist aber für den Stadtrat nicht unbedingt eine Alternative. Es ist wegen der Polizei auch gesagt worden, dass es scheinbar Fälle gibt, bei denen die Polizei einschreiten müsste. Aber sie tut es dann gleichwohl nicht. Da möchte ich der Sicherheitsdirektion einfach etwas nahelegen. Als wir von der Stadtpolizei zur Kantonspolizei gewechselt haben, war auch ganz klar, dass die Polizei, wenn wirklich Tatbestände vorliegen, bei denen sie einschreiten muss, auch einschreiten muss und kann sich dann nicht einfach sagen, das ist eine unangenehme Arbeit und was weiss ich alles. Bei solchen Fällen darf sich die Kantonspolizei nicht verstecken. Zum Personenkreis ist vielleicht noch zu sagen, dass es Personen sind, die möglicherweise krank sind. Gewisse hatten eine schwierige Jugend, sind sonst irgendwie auf der schiefen Bahn. Was weiss ich? Krankheiten usw. Vielleicht muss man dies auch von ihrem Verhalten her entsprechend berücksichtigen. Dieses Verhalten soll aber nicht eine Entschuldigung für ihre Vergangenheit sein. Es gilt ganz klar. Der Personenkreis muss sich an die Regeln des Zusammenlebens innerhalb der Gesellschaft halten. Diese Regeln sind für alle gleich und sollen für alle gleich gelten. Mit der SIP hat man in anderen Städten gute Erfahrungen gemacht. Langenthal ist ein Beispiel. Das steht auch in den Unterlagen. Die SIP respektive diejenigen, die dies ausüben, das ist eigentlich ein Knochenjob, da sie auch intervenieren müssen, wie wir gesagt haben, und Marion Rauber hat dies bestätigt. Es wird mit dem Engagement, mit der Intervention dieser Leute stehen und fallen. Diejenigen, die diesen Job erhalten, da braucht es keine sozial intelligenten, wissenschaftlich theoretischen Gutmenschen. Es braucht hartgesottene Frauen und Männer, die eben nicht wegschauen, sondern intervenieren. Es wird ja dann eine Ausschreibung geben. Vielleicht werden sich dann auch Organisationen melden, das ist jetzt eine Anmerkung, in den Stadien, beim SCB, machen die Broncos den Ordnungsdienst. Da ist es absolut ruhig. Die Hells Angels könnte man noch anfragen. Sie müssten eigentlich über ihr Ledernietenjäckchen noch ein Kittelchen anziehen. Wir wollen ja mit ihnen nicht noch zusätzliche Probleme schaffen. Aber sie müssen ganz klar auch entsprechend ausgebildet sein und hinschauen, intervenieren und sich nicht scheuen. Kurz: Unsere Fraktion wünscht gutes Gelingen. Sie wird zustimmen, und wir werden schauen, dass dieses Projekt gelingen wird, Marion. Auf unsere Unterstützung kannst Du zählen.

Eugen Kiener, Fraktion SP/Junge SP: Früher hat man sie Landstreicher genannt, dann Randständig, jetzt Leute, die sich im öffentlichen Raum aufhalten. Diejenigen, die nicht leben wie die Mehrheit, standen immer unter Druck. Man hat manchmal extra Gesetze gegen sie gemacht. Auch in Olten habe ich eigentlich solche Klagen im Ohr, seit ich hier in die Kanti ging. Jetzt ist es wieder etwas aktueller, und der Stadtrat hat das Geld für die SIP entsprechend ins Budget aufgenommen. Wir waren dagegen, weil wir mitreden wollten. Jetzt dürfen wir mitreden. Besten Dank für die Vorlage. Interessant ist, dass die Leute, um die es eigentlich geht, im Bericht und Antrag des Stadtrates praktisch nicht erwähnt werden. Es ist die Rede von öffentlichem Raum, Fokusgebieten, von Anspruchsgruppen. Einzig im Zitat aus dem Brief des Gewerbes wird von «Randständigen» und von einer Szene gesprochen. Der Bericht dreht sich nur um die Institution SIP, die wir schaffen wollen. Ihr könnt Euch vorstellen, dass unsere Fraktion nicht hätte zustimmen können, wenn es aus dieser SIP einfach eine verkappte neue Stadtpolizei gegeben hätte. Marion Rauber hat uns dieses Projekt vorgestellt, und so haben wir dann festgestellt, dass viele Befürchtungen, die in unserer Fraktion bestanden, nicht berechtigt waren und es werden auch viele Erwartungen erfüllt. Ein grosser Teil der Leute, die auf der Strasse leben, kommt mit dem Alltag nicht zurecht. Sie stehen sich oft selber im Weg, wie man am Beispiel des Ländiwegs gesehen hat. Mancher, der sich dort aufhält, ist nicht gesund, und gleichwohl konnten sie die Corona-

Regeln nicht einhalten. Dann hat man halt den Ländiweg, ihr Lieblingsplätzchen, geschlossen. Beispiele, die Marion vorhin erwähnt, sind ähnlich. Gerade wegen der Schwächen dieser Leute ist es für uns entscheidend, dass bei diesem Projekt die aufsuchende Sozialarbeit klar im Vordergrund steht. Das ist es, was die Leute brauchen. Die SIP-Teams brauchen Fingerspitzengefühl, um mit diesen nicht immer einfachen Personen umgehen zu können. Sie müssen merken, wenn es kriseln könnte, beruhigen können, und sie müssen auch das Vertrauen der Anwohner, des Personals der Läden und der Leute, die sich sonst im Fokusgebiet aufhalten, haben und vermitteln können. Natürlich sollen die SIP-Leute etwas sagen, wenn Hunde wild herumrennen und bellen, wenn Bierdosen auf den Boden geworfen werden oder wenn wild uriniert wird, so wie beim Oktoberfest. Aber das heisst dann auch, dass Andere ihre Hunde an die Leine nehmen müssen. Die Leute, die sich tagelang draussen aufhalten, haben oft gar keine andere Alternative, um ihren Tag zu verbringen oder Kolleginnen und Kollegen zu treffen. Es gibt immer weniger Beizen, die schwierige Kunden bewirten wollen. In den Einkaufszentren wirft man sie hinaus. Die Oltnr Innenstadt ist fast etwas ein letzter Rückzugsort für diese Leute. Der Aufwand, den wir jetzt für diesen Versuch betreiben, ist eine der Zentrumslasten, die wir immer wieder für die ganze Region tragen und wo wir jeweils zu Recht beim Finanzausgleich als Entschädigung einfordern. Wir hoffen, dass diese SIP-Equipen eine Beruhigung der Szene bewirken können. Aber eines ist auch klar. Wunder kann dieses Projekt nicht bewirken. Diese Leute sind nicht sehr oft unterwegs. Doch eine Mehrheit der Fraktion SP/Junge SP ist der Meinung, wir sollen dem Projekt eine Chance geben.

Denise Spirig, Olten jetzt!: Zuerst merci vielmals dem Stadtrat, dass wir in diesem Rahmen diskutieren dürfen, in einer separaten Vorlage und nicht nur im Rahmen des Budgets. Dafür sind wir sehr dankbar. Ich glaube, das Problem haben alle Fraktionen erkannt. Es gibt viele Leute in der Stadt, die sich belästigt fühlen. Gleichzeitig gibt es Leute in der Stadt, die eine Anlaufstelle brauchen. Ich glaube, dieses Problem haben wir alle erkannt. Die SIP ist in unseren Augen ein guter Kompromiss. Es hat in dieser Vorlage sicher Stärken und Schwächen. Das Pflichtenheft war aber beigelegt. Wir konnten sehen, was die Aufgaben der SIP sind. Es sind einerseits Sozialarbeit und andererseits Ordnungsdienst und Kontrollgänge. Wir konnten sehen, es können keine Bussen ausgestellt, keine Rayonverbote oder Ähnliches erteilt werden. Sie werden nur niederschwellige Intervention betreiben. Zwischendurch tönte es schon fast etwas nach Hobbypolizei. Aber die Alternative wäre, entweder wir machen einfach gar nichts, oder wir schicken halt wirklich die Polizei. Das sind für uns beides keine Optionen. Deshalb ist dies für uns, wie gesagt, ein Kompromiss, den wir gerne eingehen. Ich möchte auch noch kurz betonen, dass es ein Pilotprojekt ist. Es läuft drei Jahre lang. Wir können in diesem Gremium nach drei Jahren noch einmal darüber abstimmen, ob wir dies weiterführen möchten. Deshalb würden wir dieser Vorlage auch zustimmen.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Ich muss gerade überlegen, was ich alles nicht sage, weil ja das Meiste gesagt wurde. Inhaltlich können wir uns, ich glaube, ich kann das so sagen, ohne jetzt noch einmal abzusprechen, eigentlich auch ganz fest dem Votum von Eugen Kiener anhängen, mit einem Unterschied oder mit einer Ergänzung, wir sind zum Glück heute nicht mehr in diesen Zeiten, als wir jung waren. Wir haben nicht mehr diese Repression in der Gesellschaft. Wir sind nicht mehr eine militaristische Gesellschaft, so wie wir dies früher im kalten Krieg noch waren, was die Älteren unter uns noch gut kennen. Heute geht es vielmehr darum, dass wir diesen öffentlichen Raum, und wir haben ein paar Perlen hier in Olten, fair und sinnvoll nutzen können, alle Bevölkerungsgruppen von uns. Uns geht es jetzt gar nicht einfach darum, dass wir irgendwie repressiv gegen Randständige werden, die wir halt immer ein wenig haben. Immerhin ist Olten zwar eine Kleinstadt, aber sehr zentral gelegen. Sie zieht etwas viele Leute an, aber aus jedem Segment. Das Partyvolk hält sich auch gerne auf, und wir wissen alle, dass man, wenn man genug an Stöffchen, flüssige und rauchförmige und aller Gattung zu sich genommen hat, manchmal etwas darüber hinausschlägt und gewisse Belästigungen, die nicht gerade strafrelevant daraus entstehen können. Deshalb sind wir für dieses Projekt. Wir sind für dieses Projekt, weil wir finden, dass wir in dieser vielfältigen Gesellschaft, in der wir heute sind, in dieser

Stadt, in der wir ein paar schöne Plätze haben, die alle nutzen möchten und bei denen wir auch nicht möchten, dass es allzu viele Konflikte daraus gibt, den Versuch mit der SIP machen sollten. Es ist eine kostengünstige Lösung. Es interessiert uns, was man eigentlich für die Fr. 150'000.— pro Jahr überhaupt machen kann. Das kostet ja nicht viel mehr als eine Video-Kamera mit der Auswertung, die in unseren Augen eben nichts bringt, sondern hier geht es um Beziehungsarbeit. Hier geht es darum, dass es Leute sind, und Heinz Eng hat es richtig gesagt, die in jeder Hinsicht etwas soziale Kompetenzen mitbringen müssen, wenn sie sich dort zu zweit vor einem Grüppchen, wo es vielleicht schon etwa 20 «Angetäschte» gibt, hinstellen müssen, die sich hinstellen und versuchen müssen, die Konflikte, soweit es geht, irgendwie zu lösen. Deshalb werden wir diesem Projekt zustimmen, und wir hoffen auch und möchten dies noch einmal betonen, dass man wirklich vom ersten Tag an in Punkt 4 des Berichts und Antrags arbeitet. Das ist für uns, salopp gesagt, so fast etwas Sozi-Jargon mit zuerst einmal aufnehmen und dann im zweiten Jahr evaluieren oder ein wenig arbeiten und im dritten Jahr wieder evaluieren. Nein, das ist eine rollende Planung. Man hat ein Pflichtenheft, und dann soll man vom ersten Tag an damit arbeiten können, Beziehungen aufbauen, Fehler, die man macht, korrigieren und ein Projekt verbessern. Wir möchten auch gerne beliebt machen, dass wir innerhalb dieser drei Jahre vielleicht auch einmal einbezogen werden und zum Beispiel in der GPK einen Bericht erhalten, in der immerhin alle Fraktionen vertreten sind und von daher auch vorher schon ein wenig wissen, wo es hingehet, und nicht nur irgendwie durch das Buschtelefon oder über die Facebook-Gruppe unsere Informationen erhalten. Wir werden dem Projekt zustimmen.

Luc Nünlist: Es ist immer schön, wenn man einer Meinung ist. Es tut mir leid, dass ich jetzt hier etwas den Spielverderber spielen muss. Ich bringe noch etwas Anderes an den Tisch. Ich möchte sagen, der öffentliche Raum gehört uns allen, solange wir uns an die Gesetze halten, und der Staat schützt uns im Rahmen dieser Gesetze. An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal betonen, dass ich mich in aller Vehemenz gegen jedes Profiling aussprechen möchte. Eine Ungleichbehandlung ist immer inakzeptabel, insbesondere, wenn sie sich nicht auf die Gesetze stützt, sondern auf subjektive Befindlichkeiten. Die SIP beginnt leider am Tag 1 mit Profiling an. Sie zielt genau auf bestimmte Gruppen. Es darf meiner Meinung nach keine Platzordnungen geben, die Alkoholkonsum verbieten oder gar Sitzverbote aussprechen. Die Hygienevorschriften sind nicht zeitgemäss. Anstandsregeln gelten in unserer Gesellschaft, aber sie dürfen von niemandem durchgesetzt werden, auch nicht vom Staat. Es sind Anstandsregeln oder –gebote, nicht Gesetze. Insbesondere dürfen solch repressive Massnahmen oder Strategien nicht eingeführt werden, ohne dass die Stadt im öffentlichen Raum ihre eigenen Hausaufgaben gemacht hat. Was meine ich damit? Das Ergebnis und der Konsens von gefühlten tausend parteiübergreifenden Arbeits-, Diskussions- und Spurggruppen waren, der öffentliche Raum muss die räumliche Problematik entschärfen und ansprechende Aufenthaltsqualität bieten. Man darf sich nicht über das hausgemachte Problem des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Personenkreisen wundern, so lange, wie man diese Hausaufgaben nicht gemacht und die räumliche Problematik entschärft hat. Deshalb ist meiner Meinung nach die halbe Million eigentlich auch falsch investiert. Die Stadt sollte ihre Hausaufgaben machen, bevor sie die Schwächsten der Gesellschaft zu Konformität zwingt, weil sie eben nicht einem Bild oder Anstandsgeboten entsprechen.

Philippe Ruf: Luc, ich schliesse mich Dir an. Vielleicht bin ich hier etwas der Party-Pooper und habe eine andere Meinung. Ursula hatte es angesprochen. Ein Teil der SVP ist dagegen. Ich möchte Euch sagen weshalb. Wir haben verschiedene wichtige Orte, und sie sind uns allen bekannt, wo agiert werden muss. Vor allem das Gewerbe Olten, das jetzt die Kirchgasse mit dem Sockel der Kirche angesprochen hat, der notabene, wir wissen es von den Geschäften im Zusammenhang mit der Kirche, nicht uns gehört. Es ist spannend, was dort abgeht. Heute habe ich jemanden mit einer Krähe auf dem Kopf gesehen. Sie ist wirklich auf dem Kopf geblieben. Sie sass den ganzen Tag dort. Ich habe ich noch nicht gesehen. Denjenigen mit dem Frisbee und die Anderen kennt Ihr alle auch. Diese Leute beziehen auch alle schon Sozialhilfe. Ihnen geht es übrigens auch tipp-topp. Schöne Wohnung. Das habe ich auch schon gesehen. Es ist deshalb auch nicht nötig, dass man dort

noch mehr Sozialhilfe anbietet. Hinzu kommt, dass im Massnahmenkatalog viele Sachen stehen, die dort machen. Marion hatte es angesprochen. Es ist nicht verboten. Weder die SIP noch die Kantonspolizei als Second Level Support werden dort etwas machen können. Wenn wir dort nicht ansetzen, werden diese Leute genau gleich dort bleiben und das öffentliche Bild stören und stören auch die Leute und das Gewerbe. Wir brauchen dort nicht noch mehr Sozialhilfe, und wir brauchen dort nicht noch mehr, dass sie mit ihnen reden. Wir wollen dieses Bild anders gestalten. Ich habe ein Postulat in Umlauf gegeben. Das hatte ich vorher mit der Christkatholischen Kirchgemeinde, die ihre Zusammenarbeit zugesichert hat, angesprochen, dass ich dies so einreichen darf, dass wir schauen, was wir mit dem Sockel bei der Kirche machen können, prüfen, ob wir dort wieder Gastrobetriebe haben können, um dies auszugleichen. Ihr könnt Euch an das Stadtgespräch erinnern. Dort waren die Leute etwas verschwunden, und dass man sich vor allem überlegt, dass man auf diesem Sockel ein Alkoholverbot macht. Diese Leute werden sonst genau gleich dort weitertrinken, Lärm machen und mit der SIP Katze und Maus spielen, wo man mit einem beschränkten Massnahmenkatalog nicht viel dagegen wird machen können. Ich bitte Euch, das Postulat, das ich in Umlauf gegeben habe, zu unterstützen, damit wir dort auch effektiv etwas tun können. Ich bin überzeugt, mit dieser SIP werden wir diese Probleme aus genannten Gründen nicht in den Griff bekommen können. Merci.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Zum Postulat, das im Umlauf ist: Es ist jetzt wegen der Covid 19-Massnahmen nicht so ideal. Es gilt gleich viel, auch wenn nur eine Unterschrift darunter ist.

Daniel Kissling: Ihr habt es schon gehört. Olten jetzt! unterstützt den Nachtragskredit für die SIP. Trotzdem wollte ich noch ein paar Worte verlieren, nämlich gerade darüber, was man am Schluss von Philippe gehört hat. Das ist etwas, das mich gleich wieder dazu verleitet, nein zu stimmen, aber aus anderen Gründen. Der Stadtrat hat dieser Vorlage einen Brief des Gewerbes beigelegt. Dieser endet mit dem Satz «Es darf nicht sein, dass sich auf den öffentlichen und schönsten Plätzen der Stadt Randständige immer breiter machen und sich an keine Verhaltensregeln halten». Am liebsten hätte ich diese Vorlage nur schon deshalb einfach abgelehnt. Es kann nicht die Idee einer SIP sein, dass es darum geht, den Platz möglichst hübsch zu machen, damit das Gewerbe möglichst viel Geld daran verdienen kann. Das ist nicht die Aufgabe eines Staats, es ist nicht die Aufgabe einer Polizei und auch nicht die Aufgabe einer SIP. Wenn wir anfangen, dass wir der Stadt sagen, die Leute müssen so aussehen. Sonst dürfen sie sich nicht irgendwo hinsetzen. Sie müssen so riechen. Sonst dürfen sie sich nicht irgendwo hinsetzen. Sie dürfen nur Milch trinken und kein Bier. Sonst dürfen sie sich nicht irgendwo hinsetzen. Dann haben wir wirklich ein anderes Problem, das wir auch anders lösen müssen. Ich möchte dort auch Luc noch zustimmen zu dem, was er gesagt hat. Es gibt andere Sachen, die man in dieser Stadt lösen muss. Es gibt Gründe, weshalb diese Leute dort sitzen, nicht einfach, weil sie gerne vor dem Coop City oder vor einer Buchhandlung sitzen, weil es vor dieser Buchhandlung so unglaublich spannend ist, sondern sie sitzen dort, weil sie zum Teil nirgends sonst sitzen können. Wenn wir jetzt dort wieder einen Gastrobetrieb hinstellen, aus der Branche, aus der ich komme, ist es auch nicht die Lösung, weil sie sich dann einfach andernorts hinsetzen und ein Bier trinken. Wenn wir anfangen, dass wir den öffentlichen Raum, gerade den zentralen öffentlichen Raum, komplett verkonsumieren, quasi, dass nur noch, wer ein dickes Portemonnaie hat, ihn auch nutzen darf, ist es nicht mehr öffentlicher Raum, sondern das Gegenteil davon. Das darf auch nicht sein. Das ist eben auch so. Wenn wir zum Beispiel in dieser Stadt keine Notschlafstelle haben, ist es ein Grund mehr, weshalb die Leute zum Beispiel in einem Postschalter schlafen. Dann gibt es ein anderes Problem, das wir lösen müssen und zwar nicht, dass diese Person dort schläft, sondern wo sie sonst schläft. Ich bin mir nicht sicher, ob die SIP die richtige Lösung dafür ist. Aber es ist sicher auch nicht das Gegenteil davon. Wie gesagt, wir werden dementsprechend zustimmen. Ich möchte aber auch noch sagen, dass es, sobald es in diese Richtung geht, dass es nachher darum geht, wie jemand aussieht, wie jemand riecht oder wie gross sein Portemonnaie ist, damit man sich in dieser Stadt aufhalten darf oder nicht, ab diesem Moment wird zum Beispiel meine Unterstützung definitiv wieder nicht mehr da sein.

Felix Wettstein: Ich möchte zuerst auf zwei Sachen reagieren, die jetzt gerade gesagt wurden und nachher auch noch einen eigenen Kommentar, einen kritischen Kommentar abgeben. Ich möchte reagieren auf das, was Du, Philippe Ruf, gesagt hast, mit dem Vergleich zur gesetzlichen Sozialhilfe. Deine Einschätzung ist, das sind die gleichen Leute, die ja von der Sozialhilfe unterstützt werden und dort schon genug Unterstützung erhalten. Was die gesetzliche Sozialhilfe leisten kann und muss, ist völlig etwas Anderes, als was die SIP wird machen können, wenn sie ihre Arbeit richtig macht, rein schon von der zeitlichen Verfügbarkeit her. Wir haben dies in diesem Raum auch schon verschiedentlich angeschaut. In unserer Sozialregion haben wir pro Vollzeitstelle Facharbeit, Sozialarbeit, 110 Dossiers zu bearbeiten. Es ist klar, dass es darunter aufwändigere und weniger aufwändige gibt. Aber es gibt einen Schnitt von 16 Stunden pro Jahr, nicht pro Monat, sondern pro Jahr, in denen man sich jemandem widmen kann. Einfach, damit man dies ab und zu in Erinnerung ruft. In der Form, in der wir jetzt von der Intervention reden, was dort möglich ist, ist durchaus in einem gewissen Sinn zeitintensiv, weil man eben in ein Gesprächsangebot, in ein personales Angebot gehen muss. Das ist genau, was die gesetzliche Sozialhilfe aus Kapazitätsgründen, aber auch im Sinne des Auftrags nicht machen kann. Deshalb ist dieses Argument wirklich zu entkräften. Ich finde auch, dass Dein Argument, Luc, zu entkräften ist. Du hast in diesem Pflichtenheft Sachen hineininterpretiert, die ich nicht vorfinde und wo ich auch meine, es ist eine Fehlinterpretation. Es ist nicht so, dass die SIP-Mitarbeitenden bei einzelnen Personen Anstandsregeln durchsetzen oder sie zur Konformität zwingen. Das werden sie nicht tun. Es wäre unprofessionell, wenn sie es versuchen würden, und sie werden es auch nicht tun dürfen. Ich habe den Eindruck, dass hier ein Thema falsch verstanden wird oder bewusst falsch interpretiert wird. Das ist das Wort Intervention. Eine Intervention ist nicht das Gleiche wie ein Gesetz durchsetzen. Eine Intervention ist ein Gesprächsangebot, eine Balanceleistung. Es ist klar. Das Wort Balance drückt es aus. Ob es gelingt, ob es nicht gelingt, dass man weiterkommt, ist nicht von Anfang gesagt. Aber es ist ein bewusstes absichtsvolles Dazwischentreten, um in einer bestimmten Situation einen anderen Weg zu geben, eine andere Weiche zu stellen. Das finde ich genau die Chance. Das ist wirklich das, und das müssen wir auch in Olten nicht neu erfinden. Das wird an anderen Orten wirklich mit Erfolg eingesetzt. Ich habe gesagt, ich möchte aber auch noch einen kritischen Kommentar. Er betrifft die Unterlagen, die wir als Entscheidungsbasis zugeschickt erhalten haben, die Beilagen zum Bericht und Antrag. Es gibt ein querformatig kopiertes Blatt. Das heisst Pflichtenheft – Arbeitspapier der Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum. Dann gibt es ein zweites. Das heisst einfach Pflichtenheft, hochformatig. Eines ist vom 18. Februar 2020 und das Andere ist einfach vom Februar 2020. Man weiss nicht, in welcher Reihenfolge die beiden entstanden sind, falls dies eine Rolle spielt. Ich habe es so gelesen, dass das, was uns als Arbeitspapier vorgelegt wird, zuerst eine Entwurfsfassung hatte, vielleicht schon im Dezember oder Januar, nachher vier verschiedenen Interessenskreisen unterbreitet wurde, mit der Bitte, sie sollen, wie in einer Vernehmlassung, dazu Stellung nehmen. Dann kommt hinten eine Kolonne, und sie heisst Synthese (Vorschlag). Nicht Beschluss, sondern Vorschlag. Meine Interpretation ist, dass das querformatige zuerst fertig war, und nachher ist das hochformatige gekommen. Jetzt ist es aber irritierend, dass das, was als Synthese (Vorschlag) in der hintersten Spalte ist, nicht mit dem hochformatigen, genannt Pflichtenheft, identisch ist. Da meine ich, wir müssen wissen, woran wir sind. Dieses Pflichtenheft hat zwar nicht den formellen Gehalt eines Reglements, aber es hat durchaus eine faktische Ähnlichkeit mit etwas, das wir in der Stadt als Reglement nutzen. Du, Marion, hast einleitend gesagt, ein verbindliches Pflichtenheft. Ist es jetzt die hinterste Spalte Synthese, die verbindlich ist, oder ist es das hochformatige? Das geht aus den Unterlagen tatsächlich nicht hervor. Ich bin an dieser Stelle einmal mehr ernüchtert, dass wir aus Eurer Direktion solch inkohärente Unterlagen erhalten.

Stadträtin Marion Rauber: Felix, danke für diese Rückmeldung. Ich muss wirklich zugeben, dass dies für etwas Verwirrung sorgen konnte. Das ist richtig. Es ist halt immer so etwas eine Sache mit der Transparenz. Das musste ich schon mehrmals merken. Wenn man transparent ist, kann es einem falsch ausgelegt werden, wenn man es nicht ist auch. Ich habe es in meinem Einleitungsvotum gesagt. Das sind die Rückmeldungen. Wir wollten Euch

diese einfach zeigen. Wir wollten Euch zeigen, wir haben eine Fachebene, eine Vernehmlassung abgeholt und wollten sie Euch eigentlich einfach zeigen, wie sie eingegangen ist. Am Schluss haben wir Euch aber ein verbindliches Pflichtenheft beigelegt. Das ist verbindlich. Es war uns auch wichtig, dass wir auch gewisse Sachen aus dem Parlament einfliessen liessen, die ja hier nicht abgebildet sind, und von gewissen Sachen haben wir natürlich am Schluss einfach so für uns eine Synthese gemacht, damit wir auch hinter einer Vorlage stehen konnten. Wenn in einer Synthese gewisse Ausdrücke stehen, wie Deanonymisierung des öffentlichen Raums, muss ich ganz klar sagen, kann ich als Sozialdirektorin und Sozialdemokratin nicht dahinterstehen. Deshalb habe ich in meinem Einleitungsvotum ganz klar gesagt, es ist etwas, hinter dem wir stehen können müssen. Wir haben möglichst vielen Anliegen Rechnung getragen, aber nicht allen Anliegen. Unter Umständen hätte man hier die letzte Spalte Synthese weglassen sollen. Aber wir dachten, wir tragen dies einmal etwas zusammen, machen eine Synthese. Aber am Schluss haben wir ein verbindliches Papier und das ist dieses. Es tut mir leid, wenn die irgendwelche Verwirrung ausgelöst hat. Ist jetzt klar, Felix?

Parlamentspräsident Daniel Probst: Merci, Marion, für die Klärung. Das Kopfnicken von Felix Wettstein zeigt, dass er mit dieser Antwort befriedigt ist.

Simon Muster: Ich gehöre auch zur Minderheit der SP/Jungen SP, die hier nein stimmen wird. Genau wie Daniel Kissling habe ich mich am Brief des Gewerbeverbands gestört, aber im Gegensatz zu ihm sage ich auch nein. Es ist tatsächlich so, dass der Stadtrat die herablassende Sprache würdigt, indem er dies als Beilage gibt. Das schafft schon einmal nicht Vertrauen. Weiter schafft nicht Vertrauen, dass die Dokumente, die uns vorliegen, ein Bericht und Antrag sind. Darin wird die Situationsanalyse zitiert. Dort werden die Deanonymisierung und die KAPO je etwa viermal erwähnt. Nachher sind wir bei der Synthese. Sie liegt uns auch vor. Dort kommt es auch noch einmal vor. Im Pflichtenheft ist es dann plötzlich nicht mehr enthalten. Marion, als Du vorhin Dein Votum hattest, habe ich gedacht, wenn dies der Bericht und Antrag gewesen wäre, hätte ich ja gesagt. Der Gesamtkontext, wie jetzt hier auch über die armutsbetroffenen Menschen geredet wurde, wie der Stadtrat in der Vergangenheit über armutsbetroffene Menschen geredet hat, wenn er darüber spricht, dass es keine Notschlafstelle braucht, weil es nachher die Sozialkosten erhöhen würde. Wenn ich höre, dass sich die SVP freut, dass jetzt mehr Polizei kommt, sich Heinz Eng Broncos wünscht, muss ich ganz ehrlich sagen, dass mir das politische Vertrauen fehlt, so etwas zu unterstützen, und ich möchte einfach noch daran erinnern, dass es einfach etwas ein Traum ist zu glauben, dass alle Lebensentwürfe in unserer Gesellschaft irgendwie äquivalent behandelt werden. Es ist ganz klar, dass diese Menschen an den Rand gedrängt werden. Wir haben ein normalisiertes Verhalten und wollen ihnen dieses aufdrängen. Das unterstütze ich nicht. 2007 hat es beim Wegweisungsartikel nämlich eine ähnliche Diskussion gegeben. Dazumal hatten Linke ja noch die Verschärfung eines Polizeigesetzes abgelehnt. Das ist jetzt leider in diesem Kanton etwas verloren gegangen. Aber es wäre ja gut, sich wieder darauf zurückzubedenken. Merci vielmals.

Matthias Borner: Ich bin ja letztes Mal als vehementer Kritiker dieser SIP aufgefallen und fand, ich sollte gleichwohl noch etwas sagen, weil ich in der Pause angezündet wurde. Ich attestiere dem Stadtrat, dass unsere Kritik damals aufgenommen wurde. Sie zeigen uns auch auf, wohin sie gehen wollen. Der Ländiweg und die Chilestäge sind ein Problem, da in der Bevölkerung das Sicherheitsbedürfnis nicht ganz befriedigt wird. Ich war damals bei der Abstimmung über die Stadtpolizei einer der wenigen, die gegen die Abschaffung waren. Vielleicht springt ja diese SIP in eine Lücke, welche die Kantonspolizei mit ihrem Auftrag nicht abdeckt. Deshalb gebe ich diesem Projekt jetzt eine Chance und stimme zu.

Stadträtin Iris Schelbert: Es ist vielleicht nicht ganz üblich, dass ich jetzt hier rede. Aber ich fühle mich als ehemalige Sicherheitsdirektorin kurz etwas angesprochen. Wenn dem Stadtrat unterstellt wird, dass wir immer herablassend über gewisse Leute reden und urteilen würden, muss ich mich ganz entschieden wehren. Wir haben immer gesagt, wir wollen nicht Leute durch die Stadt jagen, nur, weil wir denken, es gibt irgendwo ein schöneres Plätzchen, wo

sie sitzen können, als am schönsten Ort in der Innenstadt, halt rund um die Stadtkirche. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass alle und zwar gleichberechtigt, gleichbehandelt werden, die sich im öffentlichen Raum aufhalten. Es kann durchaus auch sein, geschätzte Rätinnen und Räte, dass eine SIP zu jemandem geht, der vielleicht eben gerade zu einem Menschen, der ihm nicht passt, ausserordentlich laut und frech ist und ihn heruntermacht, weil er nicht passt. Dann kann man auch dort intervenieren und sagen, einen Moment schnell. Können wir dies noch anschauen? Es geht wirklich darum, dass wir versuchen und dies wollen, dass es mit den Leuten, die in dieser Stadt zusammenleben, und da gehören halt wirklich alle dazu, friedlich geht. Klar, man kann ja die persönliche Freiheit reklamieren. Aber ich habe es schon in der GPK gesagt. Meine Freiheit geht genau bis dort, wo die Freiheit des Nächsten eingeschränkt wird. Dort kann nicht eine Polizei kommen. Dort geht es um das Feinstoffliche, und dort muss man vielleicht reden. Es geht darum. Aber uns jetzt einfach so pauschal herunterzumachen, wir hätten sowieso etwas gegen diese Leute, stimmt nun einfach nicht. Wir können jetzt auch nicht gerade das ganze Elend auf unsere Schultern nehmen, mit der Notschlafstelle, dem Sozialwesen und weiss ich was alles, sondern wir versuchen hier, den öffentlichen Raum, der allen gehört, auch für alle belebbar zu machen. Zum Anderen, auf dem Podest oben wieder ein Restaurant: Ich möchte Euch schon fragen, wart Ihr in diesem Restaurant? Das war am Anfang super. Der schönste Ort, wo man einen Kaffee oder ein Bier trinken kann. Kein Thema. Bis es gratis Popcorn gab und die Leute halt fanden, das ist jetzt schon noch praktisch. In diesem Restaurant war eine junge Frau, die nicht gegenzuhalten vermochte. Dann ist dieser Raum mit der Lounge, mit den Tischen, plötzlich besetzt und zwar nicht von den Leuten, die man dort haben wollte, sondern von den Leuten, die gerne dort waren. Es war auch nicht ganz konfliktfrei, und man kann gar nichts machen, als versuchen, miteinander zu reden und auszukommen. Das möchten wir mit dieser SIP ermöglichen. Andernorts geht es. Felix hat es wunderbar gesagt. Auch andere Rednerinnen und Redner haben gecheckt, worum es geht. Aber wenn man es nicht verstehen will, können wir auch nichts machen.

Heinz Eng: Simon Muster, die Sache mit den Broncos war natürlich überspitzt. Das ist schonklar. Hingegen ist es eine soziale Randgruppe. Dann würde eine soziale Randgruppe auf die anderen aufpassen. Das ist immer gut. Wenn Du einmal Kinder haben wirst, wirst Du sehen, dass es keine besseren Hüter gibt, als die älteren Kinder, die auf die jüngeren aufpassen. Ich wollte einfach noch einmal untermauern, dass das Ganze damit wirklich steht und fällt. Dann begreife ich auch nicht, warum er und auch Du, Daniel, die Notschlafstellen hineinbringt. Ich bin im Vorstand von «Schlof guet». Wir sind daran. Wir haben Container-Projekte. Super. Das macht er gut. Topp. Timo auch. Wir sind daran und versuchen, den Raum zu finden. Wegen der Notschlafstelle nur ganz kurz eine Klammer auf. Ich war beim «Pfuus-Bus» von Pfarrer Sieber im Albisgüetli in Zürich. Als Oberst muss ich sagen, dass dort ein militärisches Regime herrscht. Wer dort hineinkommt, gibt die Identitätskarte ab, ich weiss nicht, was alles. Das ist kein Freiraum. Drogenverbot, Alkoholverbot und morgens um 9 Uhr werden sie hinausgeworfen. Dort herrschen ganz klare Regeln. Wir dürfen diese Vorlage jetzt nicht zerreden. Das passiert nun. Felix Wettstein, mit Deinen Worten. Ich habe zwar ein Universitätsdiplom. Aber ich habe es nicht verstanden. Wenn Du die Truppe mit solchen Ideen und Worten losschickst, dann musst Du sie gar nicht losschicken. Sie gehen besser ein Bier trinken. Es ist gescheitert. Das versteht niemand. Ich habe es nicht verstanden. Es tut mir leid. Aber scheinbar hat es Marion verstanden. Das muss niederschwellig sein, einfach, Michael, da bin ich ich jetzt mit Dir drin, und natürlich wirken. Dann soll man sie ansprechen und sie darauf hinweisen. Nachher gehen sie wieder und dann spricht man sie noch einmal an. Ich habe im Fernsehen einen Bericht aus einer Stadt in Deutschland gesehen. Nachdem sie zum dritten Mal eine Party, die illegal war, in einem Park trotz guten Zuredens nicht auflösen konnten, ist die Polizei gekommen. Fertig. Schluss. Noch einmal: Mach es so einfach wie möglich, Marion, und fertig. Dann schauen wir, was hier passiert. Wir haben gesagt, ein Handlungsbedarf ist da. Also müssen wir etwas machen. Da probieren wir doch einfach einmal. Niederschwellig, einfach. Es wird noch kompliziert genug, wenn die Kommentare kommen.

Simone Sager: Ich möchte eigentlich auch noch kurz Iris recht geben. Wir reden ja hier nicht von Erziehungsmassnahmen. Es geht doch einfach darum, dass man einen öffentlichen Platz, den gewisse Generationen hier vor 20, 25 Jahren unter der «Chilestäge-Donnschtig-Obe» noch erlebt haben, wo es einfach normal gut zu- und herging. Jetzt kommt natürlich meine Aussage, was ist normal? Für mich ist normal, wenn man bei dieser Chilestäge vorbeigehen kann, ohne dass man morgens um 10 oder 11 Uhr Angst haben muss, wenn Du laute Stimmen hörst, auf dieser Treppe Diskussionen am Laufen sind und nachher die ersten Gläser anfangen zu klirren und Du das Gefühl hast, was passiert jetzt? Wenn ich in diesem Pflichtenheft lesen kann, dass es ja nicht nur darum geht, dass man die Leute, die sich dort oben aufhalten, darauf hinweist, dass es nicht okay ist, sondern auch der anderen Bevölkerung ein Sicherheitsgefühl geben kann, ist schon ein Ziel erreicht. Ich finde es jetzt falsch, dass es gewisse Leute hier gibt, die sagen, man will Leute quasi zu einer Normalität erziehen. Nein, es geht nicht darum. Es geht darum, dass man diesen Platz gemeinsam nutzen kann. Wenn sie zu viert oder fünft dort oben sitzen und ein Bierchen trinken, habe ich kein Problem. Dann kann ich mich auch daneben setzen. Im jetzigen Moment würde ich dies never ever tun, weil ich Angst habe. Ich habe dies schon zwei- oder dreimal live miterlebt. Da muss nur einer etwas Falsches sagen, und es eskaliert. Dann ist es wirklich nicht mehr ein Platz, wo es miteinander geht. Wenn wir versuchen können, dies mit einem solchen Angebot, das wir jetzt auf dem Tisch haben, in einer niederschweligen Art und Weise zu lösen, ist dies jetzt einmal ein Anfang, ein erster Schritt, dann stehe ich voll dahinter, dass man auf der Chilestäge wieder ein Gemeinsam machen kann, vielleicht sogar wieder Chilestäge-Donnschtig-Obe, wie anno dazumal, dass nicht einmal mehr die Autos durchgekommen sind. Dann ist das Ziel erreicht. Aber die Bevölkerung, die sich im Moment dort nicht aufhält, braucht Hilfe, Hilfe, um die Angst wegzunehmen, und diejenigen, die sich im Moment dort aufhalten, was nicht okay ist, brauchen Hilfe. Deshalb ist meine Unterstützung da, dass man versucht, dies mit diesem Projekt zu erreichen.

Corina Bolliger: Ich melde mich jetzt gleichwohl auch noch einmal. Zuerst möchte ich mich bedanken, dass unsere grosse Kritik ernst genommen und viele Präzisionen vorgenommen wurden, seit wir das erste Mal über die SIP gesprochen haben. Vor allem ein Dankeschön an Marion, dass sie sich all diesen kritischen Fragen angenommen hat und sie uns jedes Mal beantwortet hat. Ich habe mich sehr schwer getan, schon das erste Mal, als die SIP vorgestellt wurde, dafür zu sein. Zwischenzeitlich war ich bei diesem Projekt aber positiver gestimmt. Aber auch dann habe ich gleichwohl noch weitere Diskussionen geführt, und so kann ich dieser SIP nicht zustimmen. Ich will den Leuten im öffentlichen Raum nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben führen sollen. Da möchte ich noch Bezug zur Definition von Freiheit von Iris nehmen. Meine Freiheit ist in meiner Definition eben nur so gross, wie diejenige der Schwächsten. Es kann sein, dass wir uns mit ihrem Lebenswandel nicht identifizieren können, aber sie sich auch nicht mit unserem. Ich glaube, leben und leben lassen wäre in diesem Rahmen die bessere Lösung als eine SIP. Wenn wir dann aber etwas unternehmen möchten, dann so, dass es vor allem diesen Leuten nützt, die von uns an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Ich möchte sie nicht noch mehr unsichtbar machen, indem wir ihnen unsere Ideen von normalem Verhalten im öffentlichen Raum aufzwingen. Vor allem will ich keine Soft-Polizei, die für das Gewerbe von Olten für Ordnung sorgt, denn so tönt nämlich der Anspruch des Gewerbes aus dem Brief, den sie an den Stadtrat geschickt haben. Weil ich dabei kein gutes Gefühl habe, muss ich hier nein stimmen.

Ursula Rüegg: Ich kann es eigentlich kurz machen. Wenn ich diese Diskussion verfolge, bekomme ich immer mehr das Gefühl, Olten braucht eine SIP. Eine SIP ist zum Teil auch dazu da, dass einem übersetzt wird. Was ist für andere Gruppen wichtig? Was ist für mich wichtig? Ich denke, das sind Fachleute, die dort sind. Es sind nicht Laien. Sie wissen, was sie tun. Ich denke, vielleicht müssten wir sie einmal einladen, damit sie uns ein wenig näherbringen, wie der Andere denkt.

Huguette Meyer Derungs: Mir kommt es im Moment so etwas vor, als ob man das Eine gegen das Andere ausspielt. Ich glaube nicht, dass die meisten hier die Idee haben, es ist eine Polizei, nein, sondern es ist eine Chance für alle. Ich sehe es als Chance für

Basketballfelder. Warum gibt es keine Basketballfelder mehr? Es ist zu laut. Es hat überall Abfall. Also was macht man? Man sperrt sie. Warum ist der Ländiweg geschlossen? Man hat sich nicht daran gehalten. Also man sperrt ihn. Das ist ja gerade das Polizeiliche. Aber wenn man in Beziehung käme, mit den Leuten diskutieren würde, hey, wie wirkst Du? Schau, da hat es noch andere Leute, die vielleicht auch hierhin kommen möchten. Es geht mir überhaupt nicht darum, diese Leute wegzuschicken, sondern ich finde auch, es sollten alle die Möglichkeit haben, das alte Grosi, die Familien mit den Kindern wie auch derjenige, der halt noch liegend oder grölend ein Bierchen trinkt. Aber wenn er die Sachen nachher in den Abfalleimer wirft und alle sich an die gesellschaftlichen Grundregeln halten, damit die Gemeinschaft funktioniert, dann bleiben auch Basketballfelder offen, dann bleibt der Ländiweg offen. So viel passiert nur über Beziehung, Dialog miteinander und nicht mit Polizei. Wenn es so bleibt, wie es jetzt ist, ist es die Polizei. Etwas Anderes sehe ich im Moment nicht, wenn es nicht die Chance gibt, dass die SIP versucht, mit diesen Leuten in Dialog zu treten, welche auch immer. Es können vielleicht dann auch diejenigen sein, die mit röhrenden Auspuffen durch die Stadt fahren. Es könnten auch sie sein.

Muriel Jeisy: Eigentlich kann ich mich jetzt auch noch den Voten von Huguette gerade im Voraus anschliessen, habe aber gleichwohl auch noch auf Aussagen von vorhin reagieren wollen, vor allem auch von Corina, die so sehr betont, dass man sich eben an den Schwächsten ausrichten muss, auch im Widerspruch zu Iris, wo ich eigentlich gar nicht einen so grossen Widerspruch sehe, sondern wer ist effektiv in welcher Situation die schwächste Person? Simone Sager hat auch schon Beispiele gemacht. Es kann variieren. Ich finde es wirklich schade, wenn so einige gegen andere ausgespielt werden. Selber hatte ich beim Hammer auch schon Situationen, wo ich von einer betrunkenen Frau fast angegriffen und die Bierdose nach mir geworfen wurde, als sie anscheinend ein Problem mit meiner Tochter hatte. Sie mag schwächer sein als ich. Aber in dieser Situation habe ich mich schwächer gefühlt. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Ich weiss auch von anderen Städten und Projekten, dass man wirklich mit einem Dialog und einem Miteinander einiges erreichen kann. Deshalb bin ich auch von links ein wenig enttäuscht, die sonst auch gerne für alle propagieren. Wieso wollen wir nicht eine Lösung für alle versuchen, für ein Miteinander, alle zusammen, möglichst viele in dieser Stadt?

Simon Muster: Ich möchte nur noch kurz auf die zwei letzten Voten eingehen. Es stimmt, dass man in gewissen Situationen sehr wahrscheinlich die schwächere Person ist. Aber ich glaube, rein strukturell und politisch müsst Ihr einfach kurz umsehen, wer hier vertreten ist und wer nicht. Diese Regeln werden von einem sehr bürgerlichen, jetzt nicht bürgerlich politisch, sondern von einem bürgerlichen Lebensstil gemacht. Wir alle sind nicht an den Rand gedrängt, sondern wir sind das Zentrum. Das ist das Eine, und das Zweite, was Du, Huguette, gesagt hast. Sozialarbeit könnte man auch so verstehen, dass es anwaltschaftlich ist, dass man hinget und sagt, hey, ihr seid nicht politisch vertreten, Ihr seid nicht wirtschaftlich vertreten. Ihr seid im öffentlichen Raum unsichtbar. Ihr werdet sogar strukturell unsichtbar gemacht. Wie kann ich Eure Interessen vertreten? Wenn Du im Pflichtenheft schaut, ist dies nicht ein Teil der SIP. Sie geht nicht hin und fragt, wie kann ich Euren Platz im öffentlichen Raum besser machen? Sie geht hin und fragt, wie kann ich Konflikte lösen? Sie werden schon als Konfliktpersonen identifiziert. Man muss sich einfach bewusst werden, auf welcher Ebene wir hier diskutieren. Natürlich kann man in gewissen Situationen sagen, man ist schwächer als diese Personen. Aber wir alle hier können die Regeln machen, und sie haben alle keine Stimme. Sie sind nicht vertreten. Das wäre die Chance einer aufsuchenden Sozialarbeit, ein anwaltschaftliches Verhältnis für Leute, die keine Stimme haben.

Stadträtin Marion Rauber: Ich wollte nur noch etwas zur Ausschreibung bzw. den Broncos von Heinz ergänzen. Sie können sich natürlich gerne bewerben. Aber wir haben in Zusammenarbeit mit dem Rechtskonsulenten solche Ausschreibungsunterlagen vorbereitet. Das funktioniert eigentlich, wie wenn Thomas etwas für eine Strassensanierung ausschreibt. Da gibt es gewisse Kriterien, die man erfüllen muss, die dann natürlich auch mit dem Pflichtenheft korrelieren. Aufgrund dieser Bewerbungen wird der Stadtrat am Schluss auch

einen Zuschlag geben können. Sie können sich gerne bewerben. Aber sie werden sehr wahrscheinlich nicht in die engere Auswahl kommen, weil sie gar nicht das bieten können, was wir suchen. Dies einfach noch als Ergänzung, wie diese Ausschreibung erfolgen wird, Heinz.

Stadtrat Thomas Marbet: Jetzt meldet sich noch der Baudirektor. Ich melde mich als Stadtrat, weil ich auch hinter dieser Vorlage stehe. Man ist schon etwas betupft, wenn Ihr sagt, die Stadt oder der Stadtrat behandle Menschen herablassend. Wir versuchen eigentlich, vielleicht gelingt es nicht in jedem Fall, nichtdiskriminierend zu regieren. Wir versuchen, transparent zu sein, auch legal, entlang den Prinzipien des demokratischen Handelns. Wenn jetzt hier Unterlagen aus dem Set, den Ihr bekommen habt, gewisse Gefühle verletzt haben, tut mir dies leid. Aber Ihr werdet im Bericht und Antrag des Stadtrates nicht von Randständigen lesen. Das stand im besagten Briefs des Gewerbes. Ich möchte Euch auch bitten, diese Kritik auch beim Gewerbe einmal zu deponieren. Es hat ja auch Mitglieder des Gewerbevereins, die Parlamentarier sind. Sie haben dies sicher auch gehört. Ich möchte noch Felix Wettstein unterstützen. Es geht wirklich um aufsuchende Sozialarbeit und nicht um Sozialhilfe. Es geht um Arbeit an den Leuten, bei den Leuten und mit den Menschen in unserem Raum, im öffentlichen Raum der Stadt Olten. Da gehören tatsächlich auch Autopausen dazu. Die aufsuchende Sozialarbeit darf auch einmal in der Begegnungszone – es ist ja nur Tempo 20 – jemanden aufhalten und sagen, jetzt fährst Du schon dreimal mit dem Klappenauspuff herum. Hast Du Dir schon einmal überlegt, dass hier Leute wohnen? Das ist durchaus auch möglich, und es darf auch einmal ein Hündchen, eine ältere Dame mit einem kleinen Pudel angehauen werden, und es darf gesagt werden, Ihr Pudel gehört auch an die Leine. Das sind Regeln, die für alle gelten. Es geht ja nicht darum, dass wir Konformität wollen. Es geht um regelpassiertes Handeln, dass man sagt, Du darfst diese Dose austrinken, aber sie nachher in den Abfalleimer werfen. Sie dürfen einen Hund haben, aber er muss angeleint werden. Ihr dürft Euch hier aufhalten, aber vielleicht nicht den Beziehungsknatsch über die ganze Kirchgasse verteilen. Es geht um Anstand, es geht um Regeln, und es geht uns nicht um Lebenspläne oder Lebensrealitäten und auch nicht um Konformität. Merci.

Beschluss

Mit 31 : 7 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Zur Realisierung des Pilotprojektes SIP wird ein Nachtragskredit von CHF 450'000 zu Gunsten von Konto 5790.3634.00 bewilligt. Die Kosten werden verteilt auf drei Jahre mit CHF 150'000 im jeweiligen Jahresbudget eingestellt;
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an
Direktion Soziales
Direktion Finanzen und Dienste
Kanzleiakten

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich danke Euch für die Disziplin, wünsche Euch noch einen schönen Abend. Kommt gut nach Hause. Auf Wiedersehen und bis morgen Abend. Danke.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.